Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 71. Donnerstag, den 27. März 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Lichtblicke für China.

Dem hart bedrängten China ist in dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unerwartet ein mächtiger Helfer erstanden. Wilson hat der amerikanischen Bankgruppe erklärt, daß das Sechs-Mächte-Konsortium nicht mehr auf die Unterstützung der amerikanischen Regierung rechnen dürfe und daß diese die chinesische Republik bald anerkennen werde.

Die Bedeutung dieser Maßnahmen für Chinas zukünftige Entwicklung kann schwerlich hoch genug bewertet werden. Ihre erste Folge war der Rücktritt der amerikanischen Bankgruppe von dem internationalen Konsortium, und ihr werden die anderen nationalen Gruppen sicher folgen. Dieser internationalen Finanzpiraterie ist die Hoffnung entschwunden, China zu brandschatzen. Die nächste Folge wird die Anerkennung Chinas durch andere Staaten sein. Denn sie wurde ja nur zurückgehalten, um im Interesse des Konsortiums einen stärkeren Druck auf die junge Republik ausüben zu können. Sollten, was höchst unwahrscheinlich ist, die anderen fünf Staaten in ihrer bisher geübten Politik beharren, so ist das amerikanische Kapital allein leistungsfähig genug, Chinas finanzielle Bedürfnisse zu befriedigen.

Die junge Republik wird ihren Helfer aus schwerer Not natürlich durch Gewährung von Handelsprivilegien und Konzessionen noch fester an die Interessen Chinas zu fesseln suchen. Und das amerikanische Kapital, das nun Handlungsfreiheit erhalten hat, wird im Interesse der amerikanischen Industrie und des amerikanischen Handels China die Mittel zur Durchführung der notwendigsten Reformen vorschießen und dadurch den Industrieprodukten Amerikas ein Absatzgebiet eröffnen, für dessen Größe die Welt kein Beispiel kennt.

Die Wendung der amerikanischen Politik hat auch die japanische Regierung zu einer Kursänderung veranlaßt. Als sie vor einigen Wochen von der Reise Sunyatsens nach Japan hörte, zeigte sie nicht wenig Lust, dem großen Agitator das Betreten des Inselreiches zu verbieten. Sie sandte ihren Pekinger Geschäftsträger speziell nach Schanghai, um Sunyatsen zur Aufgabe seiner Reise zu veranlassen. Erst durch die Veränderung der politischen Verhältnisse ließ sie sich bestimmen, der chinesischen Regierung mitzuteilen, daß sie nichts gegen einen Besuch des Vertrauensmannes Yuanschikes einzuwenden habe. Der gefürchtete Revolutionär wurde von dem japanischen Volk wie ein Fürst — nach einem japanischen Blatt wie ein Messias — empfangen, und schließlich hielt es auch die feudale Regierungskaste für gut, ihm ihre Tore zu öffnen. Der Besuch hat zu Verhandlungen über den Abschluß eines Bündnisses zwischen Japan und China geführt. Der Entwurf ist vor einigen Tagen dem japanischen Abgeordnetenhaus unterbreitet worden. Wie nun auch die endgültige Beschaffenheit des Bündnisvertrags sein wird, ob er ein Schutz- und Trutzbündnis oder nur eine Verständigung in untergeordneten Fragen darstellt, jedenfalls bewirkt er, daß China zunächst einen offenen Gegner verliert. Die Not lehrt Mißtrauen, Antipathie und Nadelstiche vergessen. Japan und China sind beide in Not und können durch eine Annäherung nur gewinnen; Japan noch mehr als China. Das Inselreich wird je länger je stärker durch Rassenverwandtschaft, geographische Lage und durch ein wirtschaftliches Interesse zur Freundschaft mit seinem großen westlichen Nachbar gedrängt. Seine Industrie verlangt dringend Rohprodukte und Absatzmärkte. Beides kann ein freundlich gesinntes Jungchina in überreichem Maße liefern. Nach Lage der Dinge wird es nicht Wunder nehmen, wenn die Regierung des Mikado der amerikanischen Regierung in der Anerkennung der chinesischen Republik als erste folgt.

Seitdem die Erklärung Wilsons erfolgt ist, sind — nach der Meldung des Pekinger Vertreters des Daily-Telegraph — deutsche Bankfirmen emsig bemüht, einen Teil der chinesischen Beute für sich zu sichern. Auch Krupp soll der chinesischen Regierung die notwendigen Waffenlieferungen auf dreijährigen Kredit angeboten haben, wodurch die englischen Armeelieferanten verdrängt worden seien. Diese Meldung klingt glaubhaft, denn durch die Aktiva Amerikas sehen sich die Kapitalisten der anderen Staaten gezwungen, ohne Verzug Angebote anzunehmen, wenn sie nicht wollen, daß das amerikanische Kapital die Ernte allein einheimst.

Adrianopel gefallen!

Nach einer heldenmütigen Verteidigung hat die türkische Besatzung Adrianopels gestern nachmittag 2 Uhr der Übermacht der stürmenden Bulgaren weichen und die Festung übergeben müssen. Gestern früh bemächtigten sich die Bulgaren der ganzen Ostfront mit 7 Forts; gleichzeitig drangen bulgarische Truppen im Süden siegreich vor. Nachdem so der Kreis um die Festung immer enger gezogen war, durchschnitten gepanzerte Soldaten die Drahtzäune und jagten wegen der Minengefahr eine große Viehmenge voraus. Sodann wurden die 11 Meter hohen betonierten Forts im Bajonettangriff genommen. Gegen 2 Uhr ergab sich dann der Kommandant Schükri Pascha dem bulgarischen General Ivanoff. Er sandte ihm seinen Degen, der ihm jedoch von Ivanoff zurückgesandt wurde. Auf allen Befestigungswerken weht die bulgarische Flagge.

Erfreulicherweise hat der tapfere türkische Verteidiger seine Voraussagen, er werde lieber die Stadt dem Untergang weihen, als sie den Bulgaren zu übergeben, nicht wahr gemacht. Zwar scheint nach den vorliegenden Meldungen ein Teil der Depots und der Arsenals, sowie eine Anzahl Kasernen in Flammen aufgegangen zu sein. Der Bevölkerung sollte sich aus diesem Anlaß eine wahnsinnige Aufregung bemächtigt haben. Was hiervon Wahres ist, müssen erst die nächsten Tage lehren.

Nachdem nunmehr Adrianopel gefallen ist, halten wir es für eine unabweisbare Pflicht der Großmächte, auf den sofortigen Abschluß des Friedens zu dringen. In ihrem Siegestaumel schrecken sonst die Bulgaren nicht davor zurück, auf Konstantinopel loszumarschieren. Die Folge aber wäre ein weiteres fürchterliches Blutvergießen.

Adrianopel hat eine sehr bewegte Geschichte. Der älteste historisch bekannte Name der Stadt war Uskadama, byzantinisch auch Orestia, als Hauptstadt der thrakischen Bessier. Von dem römischen Kaiser Hadrian, der die Stadt verschönerte, erhielt sie die Benennung Hadrianopolis, aus der der jetzige Name entstanden ist. Nahe bei Adrianopel siegte Konstantin der Große am 3. Juli 323 über seinen Mitkaiser Licinius und schlugen die Westgoten am 9. August 387 den Kaiser Valens. Nach ihrer 1361 erfolgten Eroberung durch den Türkensultan Murad I. war Adrianopel bis zum Fall Konstantinopels im Jahre 1453 Residenz der osmanischen Sultane. Seither galt die Stadt als zweite Residenz. Im russisch-türkischen Krieg wurde Adrianopel am 20. April 1829 durch den Feldmarschall Diebitsch-Sabalkansky erobert, worauf am 14. September unter preußischer Vermittelung der Friede zu Adrianopel abgeschlossen wurde. Zum zweiten Male wurde Adrianopel am 20. Januar 1878 von den Russen besetzt und am Ende desselben Monats dort der vorläufige Waffenstillstand zwischen Rußland und der Türkei unterzeichnet. Zu Beginn des Balkankriegs dirigierten die Bulgaren neben den auf Kirk-Kilisse einerseits und nach Mazedonien andererseits vorgehenden Feldarmeen sofort ein starkes Belagerungsheer auf Adrianopel und nach wenigen Wochen bereits war die Stadt umzingelt. Es dauerte jedoch weiterhin einige Wochen, bis es gelang, schwere Artillerie in ausreichender Zahl heranzuschaffen, um die Beschießung der Stadt wirksam zu gestalten. Die schwere Position, die die Bulgaren bei Tschataldscha fanden, zwang die bulgarische Heeresleitung überdies dazu, erhebliche Truppenmassen jüngerer Jahrgänge nach der Front vorzuschieben und vor Adrianopel Landsturm-Abteilungen zu verwenden, denen es zu einem erheblichen Teil an vollwertiger Ausrüstung mangelte. Auch serbische Hilfstruppen eilten heran und nahmen den südwestlichen Sektor der Zernierungs-Linie ein. Doch sollen in der letzten Zeit zwischen den Bulgaren und Serben vor Adrianopel Zerwürfnisse eingetreten sein, infolge deren sich die Serben nicht mehr an dem aktiven Vorgehen beteiligten. Es ist also unbekannt, ob bei dem jetzigen erfolgreichen Sturm auch Serben mitgewirkt haben, oder ob die glänzende Waffentat allein von den Bulgaren ausgeführt worden ist. Während des Waffenstillstandes war, wie erinnerlich, mehrfach von der türkischen Forderung der tageweisen Verpflegung der belagerten Stadt mit Lebensmitteln die Rede, indes kam es dazu ebensowenig, wie zu der Abschiebung der Nichtkombattanten. Auf die Vorstellungen der Mächte hin wurde vielmehr lediglich für die fremden Kolonien eine neutrale Zone geschaffen, die ungefähr der von den Serben eingenommenen Zernierungslinie gegenüber lag. Inwieweit die neutrale Zone bei dem Sturm vor Schäden bewahrt geblieben ist, ist bisher nicht bekannt geworden.

* * *

Die Kämpfe um Tschataldscha dauern noch immer fort.

Die Waffen um Skutari ruhen. Der Kommandant dieser Festung, Hassan Risa Bei, wurde hinterrücks ermordet. Sein Nachfolger, Essad Pascha, will das Angebot, die Bevölkerung abziehen zu lassen, nicht annehmen. Amtlich wird darüber gemeldet: Nachdem die Vertreter der Großmächte bei der montenegrinischen Regierung den Kollektivschritt unternahmen, damit der nicht am Kampfe beteiligten Bevölkerung Skutaris gestattet werde, die Stadt zu verlassen, sandte der Oberkommandant, Erbprinz Danilo durch einen Parlamentär einen Brief an Essad Pascha, in dem er bekannt gibt, daß der König der nicht am Kampfe beteiligten Bevölkerung freien Abzug binnen 50 Stunden gewähre. Essad Pascha erwiderte brieflich, er danke für den Edelmut, könne jedoch das Anerbieten nicht annehmen, da er von seiner Regierung hierzu nicht ermächtigt sei.

Aus Brindisi wird gemeldet, daß der türkische Kreuzer „Hamidije“ San Giovanni di Medua beschossen und dort heftigen Schaden angerichtet habe.

Nach einer Blättermeldung hat ein griechisches Torpedoboot den türkischen Dampfer „Burla Kit“ gekapert, der Proviant für die türkischen Truppen nach Smyrna bringen sollte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Konservative Befürchtungen.

Immer mehr wächst in konservativen Kreisen die Befürchtung, daß die Regierung bei der Verabschiedung der Heeres- und Deckungsvorlagen mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten beabsichtigt. Gegen diese Politik „mit doppeltem Boden“ hat bereits vor einigen Tagen die hochkonservative „Schlesische Zeitung“ Front gemacht. Ihr schließt sich nunmehr auch die „Deutsche Tageszeitung“ an, indem sie schreibt:

„Es ist allerdings auffällig, daß die liberale und auch die nationalliberale Presse über diesen Punkt fast vollkommen schweigt. Wenn die Angelegenheit möglichst schnell zu einem wirklichen und befriedigenden Ende geführt werden soll, so müssen die bürgerlichen Parteien, die Anspruch darauf machen, als national bezeichnet zu werden, mit aller Kraft und Klarheit dahin arbeiten, daß eine und dieselbe unbedingt geschlossene Mehrheit sowohl hinter der Heeresverstärkung als auch hinter den zu erwartenden Vorlagen über die Kostendeckung steht.“

Wer von den bürgerlichen Parteien dafür eintritt, daß die Junker und ihre Sippe auch Steuern bezahlen sollen, verliert demnach das Anrecht auf die Bezeichnung: national!

Opfer und keine Volksrechte.

Der bekannte Finanzmann Dr. Rathenau veröffentlichte in der Wiener „Neuen Freien Presse“ einen Artikel über die Milliardenabgabe, der um deswillen nicht uninteressant ist, als er die in diesen Kreisen herrschende Stimmung widerspiegelt und zeigt, daß man auch dort die preußische Rechtlosigkeit drückend empfindet. Rathenau sagt, es sei vermessen, die bundesrätliche Steuervorlage mit den Volksopfern der Zeit um 1813 zu vergleichen. Es wäre auch jetzt noch an der Zeit, die wahren Lehren jener Epoche zu befolgen und das Unrecht abzustellen, das darin besteht, „daß das fähigste Wirtschaftsvolk der Erde, das Volk der stärksten Gedanken und der gewaltigsten Organisationskraft nicht zugelassen wird zur Regelung und Verantwortung seiner Geschicke. Abgespeist mit kommunaler Verwaltung und wirtschaftlicher Gesetzgebung, erblickt es die Staatsgewalt in den Händen einer kleinen, aber mächtigen Klasse, die zugleich das wichtigste der einzelstaatlichen Parlamente beherrscht, gewöhnt es sich zwangsweise an den Gedanken, daß eine Regierung nicht anders als konservativ sein darf.“ Klassenherrschaft, ausgedrückt durch mangelhafte Selektion und schwache Politik; Konservatismus der Führung, ausgedrückt durch Ungleichheit der Lasten; das ist das doppelte Unrecht und die doppelte Gefahr unseres Landes. Und das Unrecht wiegt um so schwerer, als es nicht unbewußt geschieht .... Das Natürlichste wäre nun, wenn das Volk spräche: Wir, deren Arbeitskraft allein die Aufwendungen dieser Rüstungszeit ermöglicht, wir sind bereit, dies Opfer und spätere größere zu tragen. Aber wir erwarten, daß das Unrecht abgestellt werde, beginnend zunächst mit der Aenderung der ungesetzlichen Wahlkreisgeometrie im Reiche und des ungerechten Wahlgesetzes in Preußen. Nichts dergleichen wird geschehen. Unser Volk ist politisch nicht unreif, aber indolent in hohem Maße.

„Diese Indolenz“, so sagt Rathenau zum Schlusse, „ist das schwerste Unrecht des deutschen Volkes. Tritt aber die Schicksalsstunde heran, so wird man begreifen, daß alle Unternehmung ein Spiel der Winde bleibt, wenn sie nicht in der Tiefe auf doppelt gefestigtem Fundament beruht: auf starker Politik und gerechter Verfassung.“

Katzenjammer im Zentrum.

Im Zentrum macht sich, noch bevor die neuen Militärvorlagen mit ihren Milliardenopfern an den Reichstag gelangt sind, eine wahrhaft katzenjämmerliche

Stimmung geltend. Die „Germania“ wünscht geradezu, daß die Furcht vor „Brandschatzungen“ wie die Milliardenabgabe nicht schwinden möge:

„Wenn nun diese „Schreier“ künftig nicht nur durch die einmalige Vermögensabgabe, sondern auch durch die neuen fortdauernden Besitzsteuern ihr eigenes Portemonnaie in Mitleidenschaft gezogen sehen, so wird das eine heilsame Dämpfung für sie bedeuten. Für die breite Masse des Volkes, insbesondere für den Bauern- und Mittelstand, bringt ja die neue Militärvorlage mit ihrer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um — wie es heißt — 68 000 Mann jährlich schon Opfer an Gut und Blut genug. Die Geldopfer mögen diejenigen bringen, die dazu am leistungsfähigsten sind. In dieser Weise muß ein Ausgleich vollzogen werden, der den Grundsätzen der Gerechtigkeit entspricht.“

Die wissenschaftliche Zeitschrift des politischen Katholizismus, die historisch-politischen Blätter sind ganz in Pessimismus verfallen; sie schreiben über die drohende Belastung:

„Was wird die Folge sein? Im Innern vermehrte Schwierigkeiten in der sozialen Lage weiter Kreise der Bevölkerung, Steigerung der Unzufriedenheit und Verminderung des monarchischen Gedankens trotz der an sich ja hochherzigen, aber prinzipielle Bedenken erweckenden Bereitwilligkeit der deutschen Bundesfürsten, diesmal ihr Teil an den Lasten mitzutragen, nach außen weiteres Wettrüsten aller Mächte bis zu der Erkenntnis, daß nur zu wählen ist zwischen dem wirtschaftlichen Zusammenbruche oder dem dann noch entsetzlicheren Kriege, welchen man doch hatte vermeiden wollen. Ob es dazu kommt oder ob nicht vorher die Revolution das Ende mit Schrecken des Schreckens ohne Ende bringen wird, steht freilich dahin. Das sind trübe Ostergedanken im Jahre 1913 für jeden, der sein Vaterland liebt.“

Wahlurnen für das ganze Reich.

Im Reichsamt des Innern ist eine Vorlage fertiggestellt worden, die die Verwendung einheitlicher Wahlurnen für das ganze Reich vorschreibt. Eine solche Vorschrift besteht bereits in dem Wahlgesetz für Elsaß-Lothringen; die Urnen müssen dort mindestens 80 Ztm. hoch und 35 Ztm. breit sein. Staatssekretär Delbrück hat solche Urnen bereits früher einführen wollen, dieser Versuch scheiterte aber, wie Genosse Richard Fischer im Reichstage feststellen konnte, am Widerspruch des preußischen Ministers des Innern v. Dallwitz. Dieser Herr scheint nach der Festnagelung im Reichstag seinen Widerstand jetzt aufgegeben zu haben. Suppenschüsseln, Zigarrenkistchen und Hutschachteln werden also künftig von den ostelbischen Wahltischen verschwinden müssen, sehr zum Leidwesen der Junker, die damit eine sehr bequeme Möglichkeit verlieren, die Stimmabgabe der Wähler zu kontrollieren.

Heeresvorlage und Bundesrat.

Am heutigen Tage sollen im Bundesrat die entscheidenden Entschlüsse über die Heeres- und Deckungsvorlagen fallen. Gestern haben die Ausschüsse ihre Arbeiten beendet.

Dem Vernehmen nach handelt es sich im ganzen um „nur“ acht Entwürfe. Drei beziehen sich auf die neuen Militärvorlagen. Die weiteren fünf Vorlagen enthalten die neuen Steuerpläne der Regierung, die in folgenden Gesetzentwürfen bestehen: Änderungen im Finanzwesen, Änderungen des Reichs-Stempelgesetzes, Wehrbeitrag-Gesetz, ein Gesetz über das Erbrecht des Staates und ein Nachtragsetat für 1913. Unter dem Wehrbeitrags-Gesetz wird man die einmalige Vermögensabgabe, die „Kriegssteuer“, zu verstehen haben. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Vorlagen läßt sich annehmen, daß das Plenum des Bundesrats diese Vorlagen in der heutigen Sitzung verabschiedet.

Sobald definitiv bekannt geworden ist, was man will, wird und muß der Kampf gegen die Rüstungsfanatiker mit Nachdruck entbrennen.

Die Tapferkeit vor dem Umfall.

Ein Teil der fortschrittlichen Presse findet kräftige Töne nicht etwa gegen die Heeresforderungen an sich, sondern gegen die Zumutung, die Vorlage en bloc anzunehmen. Man droht mit einer fürchterlich genauen Musterung der einzelnen Forderungen. Dieser Drohungen wegen braucht sich die Regierung kein graues Haar wachsen zu lassen, und sie weiß das auch nur zu gut. Die Rolle, die die fortschrittlichen Vertreter in der Budgetkommission spielen, namentlich die Abgeordneten Dr. Heckscher und Waldstein, ist nicht erhebend. Fortgesetzt drücken sie sich um die Vertreter der Regierung herum, glücklich, wenn sie einmal eines Wortes gewürdigt werden, überglücklich, wenn sie einen der Regierung gefälligen Vorschlag machen dürfen. Ein wohldressierter Pudel kann seinem Herrn keine größere Anhänglichkeit entgegenbringen. Welcher Art die fürchterliche Musterung ist, die diese Volksvertreter vornehmen werden, darüber kann man nicht im Zweifel sein. Immerhin ist es nicht ohne Interesse zu hören, was die „Vossische Zeitung“ zu der Heeresvorlage sagt. Sie führt aus:

„Eine Phrase ist es, daß Deutschland genötigt sei, eine beispiellose Verstärkung des Heeres vorzunehmen, weil Frankreich zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehre. Zunächst sind die deutschen Maßregeln vorbereitet und namentlich von den Wortführern des Wehrvereins geräuschvoll gefordert worden, ehe ein Mensch jenseits der Vogesen daran dachte, die Prädenzziffer durch die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit zu erhöhen. Sodann ist diese Anordnung, wenn sie Gesetz wird, ungeachtet des Widerstandes, den sie neuerdings in Frankreich bei recht guten Patrioten begegnet, zwar von Bedeutung für die Kriegsbereitschaft, in sehr viel geringerem Maße aber für die Kriegsstärke sehr wichtig für den Augenblick der Mobilmachung, sehr nebensächlich für die späteren Stadien des Krieges. Die dreijährige Dienstzeit ist eine Bankrotterklärung Frankreichs, ein Bekenntnis, daß es nicht mehr imstande sei, die Rekrutenzahl zu vermehren und mit der Rekrutenzahl die Zahl der als Reserve ausbildenden Mannschaften. Ganz anders in Deutschland, das einen Geburtenüberschuß von 800 000 Köpfen jährlich oder mehr aufweist, während Frankreichs Bevölkerung sich nur um 13 000 vermehrt.“

Einen vernünftigen Grund für die geforderte enorme Vermehrung der Armee vermag die „Vossische Zeitung“ nicht zu entdecken. Sie bezeichnet es auch als Phrase, daß sich die Lage Deutschlands durch die Vorgänge auf dem Balkan wesentlich verschlechtert habe. Aber — das Volk muß das Recht haben, mit zu raten! Dieses Vergnügen wird die Regierung den Fortschrittlern ganz gewiß gönnen, weiß sie doch, daß sie mit taten, das heißt bewilligen werden.

In der „Berliner Volkszeitung“ ergreift ein süddeutscher Politiker das Wort. Er findet folgendes:

„Was Preußen unter der Maske eines dringlichen Schutzes für das deutsche Vaterland als Vormacht plant, heißt die Vernichtung des bundesstaatlichen Charakters des deutschen Reiches. Man schweige endlich von der minderwertigen Rüstung Deutschlands im Vergleich zu den Nachbarn! Die französische Armee ist im Frieden um 250 000 Mann, im Kriege um 700 000 Mann schwächer als das deutsche Heer, und die Russenmacht ist desorganisiert. Preußen schickt sich an, zur Deckung der alljährlich im Ordinarium um 100 Millionen wachsenden Milliarde laufender Ausgaben für das Militär die finanzielle Grundlage von Sachsen und Bayern, Württemberg und Baden mit Haut und Haaren aufzufressen. Daraus sollen dann 36 000 weitere Anwärter auf den Zivilversorgungsschein und weiter 10 000 Offiziere hauptsächlich des preußischen Adels als Stützen der Königstreue gegen den inneren Umsturz geschaffen werden. Im tiefsten Frieden soll die letzte Hilfsquelle des Staates ausgeschöpft werden! Zu welchem Zweck? Und mit welcher Wirkung? Um der wirtschaftlichen und finanziellen Selbständigkeit von Württemberg, Sachsen und Baden endgültig das Genick zu brechen; als liberale Verfassungsstaaten haben sie längst den Tod verdient! So will es die preußische Reaktion!

Die Tendenz dieses Artikels richtet sich keineswegs gegen die Heeresvorlage, sondern mehr gegen die dadurch bedingte Belastung der Steuerzahler. Eugen Richter hat bei Militärvorlagen wenigstens versucht, einige kleine Abstriche zu machen, seine Epigonen lassen es sich daran genügen, Klagelieder zu singen. Grundsätzlicher Widerstand gegen den Rüstungswahnsinn ist lediglich bei der Sozialdemokratie zu finden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 27. März.

Achtung, Roll- und Blockwagenkutscher, Möbelpacker und Hilfsarbeiter! In einer Lohnbewegung befinden sich die vorgenannten Kategorien. Da eine Einigung mit den Arbeitgebern bis jetzt noch nicht zu erzielen war, haben sämtliche Kollegen zum 31. März d. J. ihre Kündigung eingereicht.

Der Zuzug nach den Fuhrwerksbetrieben ist strenge fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Die Beratung des Staatsbudgets für 1913 begann gestern abend in der Lübecker Bürgerschaft. Beim Publikum scheint in diesem Jahre nur wenig Interesse für die Verhandlungen vorhanden zu sein, denn die Tribünen waren fast leer. In der Generaldebatte wurden zunächst vom Vorsitzenden der Budgetkommission des Bürgerausschusses, Handelskammerpräses Dimpker, kurz die Gründe dargelegt, welche zur Erhöhung resp. Herabsetzung verschiedener Positionen geführt haben. Mit Recht wies Redner dann die Bemerkung des Senats zurück, daß dieser den Bürgerausschußbeschlüssen nur „im Interesse des Zustandekommens des Budgets“ beigetreten sei. Vom Senatstische machte man denn auch in dieser Beziehung einen kleinen Zurückzieher.

Allgemeine Verurteilung fand das Vorgehen des bisherigen Amtsblattredakteurs Dr. Hansen, der bemüht ist, durch Vorträge und Schreibereien in auswärtigen Blättern das Ansehen Lübecks zu schädigen. Es ist überhaupt merkwürdig, daß dieser Herr solange Leiter des behördlichen Organs sein und sogar im Auftrage der Oberschulbehörde Volksvorlesungen halten konnte, obwohl die Handelskammer wiederholt gegen seine Lübecks Interessen schädigenden Artikel Beschwerde geführt hat. Dieser Mann, der noch bei der letzten Reichstagswahl, obwohl er rechtsnationalliberale Ideen zu vertreten hatte, Arm in Arm mit Julius Klein ging und für dessen Anwurf gegen einen ehemaligen Kollegen das nötige Papier leihen mußte, schreibt nunmehr für die demokratische „Frankf. Zeitung“ und soll jetzt gar Redakteur der freisinnigen „Kieler Zeitung“ werden. Der „G.-A.“ meint deswegen, seine Gesinnung wäre sehr wandlungsfähig. Uns scheint, daß Dr. Hansen überhaupt keine politische Gesinnung besitzt. Beim Amtsblatt wird von einem Redakteur jedenfalls auch keine verlangt. Bezeichnend ist es ferner, daß die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die unseres Wissens gleichfalls von einem ehemaligen Lübecker Amtsblattredakteur redigiert werden, den Lübeck schädigenden Artikel der „Frankfurter Zeitung“ abdruckten. Echt „staatserhaltend“!

Genosse Stelling, der als Vertreter der Sozialdemokratie in der Generaldebatte zu Worte kam, nagelte diese Leistungen der staatserhaltenden Presse denn auch gebührend fest. Redner wandte sich gegen unsere Schuldenwirtschaft, gegen die Erhöhung der Lokspreise und des Wassergeldes und trat warm für eine zeitgemäße Verwaltungsreform ein, deren Grundzüge wir bereits in mehreren Artikeln angedeutet haben. Notwendig ist auch die Beseitigung des Bürgerausschusses, eine Änderung des bisherigen Wahlverfahrens zum Senat und vor allem die Schaffung eines gerechten Bürgerschaftswahlrechts. Angeregt wurde als Vorbereitung für eine Arbeitslosenversicherung eine Arbeitslosenzählung, die im Herbst stattfinden müßte. Schließlich legte Genosse Stelling noch unseren ablehnenden Standpunkt zu der bekannten Boslehlschen Stiftung dar, von der die Arbeiter, wie später auch Klein zugeben mußte, keinerlei Vorteil haben, aber die Unterhaltungskosten mittragen sollen. Die widerliche Schweifwedelei des Bürgertums vor dem Spender des Goldstumpens wurde gebührend gekennzeichnet.

Von bürgerlicher Seite traten die Herren Thiel und Klein für eine Verwaltungsreform ein; letzterer nicht, ohne sich in seiner bekannten „sachlichen“ Manier an der Sozialdemokratie zu reiben. Ihm wurde dafür von Stelling in scharfer Weise gedient.

In der Spezialberatung wurden mancherlei Wünsche zum Ausdruck gebracht. Vom Genossen Löwigt wurde u. a. ein Antrag gestellt und begründet, den Bürgerschaftsmitgliedern freie Straßenbahnfahrt zu gewähren, damit sie sich ihrer Aufgabe in sachkundigerer Weise entledigen können, als es jetzt häufig der Fall ist, zumal bei Straßenbauten, Ankäufen von Grundstücken 2c. Der Antrag wurde abgelehnt. Gen. Schwartz kritisierte die Heimlichtuerei bei den Seeamtsverhandlungen in Lübeck, deren Termine kein Berichterstatter zu erfahren vermag. Diese Kritik wurde vom Genossen Löwigt und Herrn Mantau unterstrichen. Genosse Dr. Schlomer trat lebhaft für Verbesserungen des Badewesens ein. Angenommen wurde ein Ersuchen Lipperts, die Fähre im Klughafen (Elbe-Trave-Kanal) in eine Motorfähre umzuwandeln.

Um 10½ Uhr wurden die Verhandlungen auf heute abend 6 Uhr vertagt.

Das Lübecker Arbeitersekretariat gibt soeben seinen Bericht über das zwölfte Geschäftsjahr heraus. Wir entnehmen demselben folgende Angaben: Auch im Berichtsjahre 1912 hat das Arbeitersekretariat im Zeichen einer ruhigen Fortentwickelung gestanden. Wohl ist gegenüber 1911, das ein besonders anormales Jahr für uns war, ein kleiner Rückgang an Besuchern eingetreten. Dennoch ist der Besuch weit größer als in früheren Berichtsjahren gewesen. Die intensivere Bearbeitung der Fälle hat zugenommen und übertrifft alle bisherigen Berichtsjahre. So ist die Zahl der Schriftsätze von 4433 auf 4839 gestiegen. Ebenso hat sich die Zahl der mündlichen Vertretungen vor Gerichten usw. erheblich gesteigert. Von 109 im Jahre 1911 auf 131 im Berichtsjahre 1912. Trotz der Klagen, die wir fast alljährlich erheben bezüglich genauer Einhaltung der Sprechstunden, Benachrichtigung über den Ausgang der von uns vertretenen Sachen usw. ist alles leider noch immer beim alten geblieben. Trotz zwölfjährigen Bestehens scheinen noch immer viele Besucher nicht zu wissen, wann eigentlich unsere Sprechstunden stattfinden und immer wieder müssen wir darauf hinweisen, daß wir nur dann allen Anforderungen gerecht werden können, wenn wir in der übrigen Zeit ungestört unsere Arbeiten erledigen können. Ein paar Worte zu unsern Gegnern. In unserer kleinsten deutschen Republik hat man sich von seiten unserer Feinde immer bemüht, die Arbeiterbewegung und ihre Einrichtungen nach allen Kräften zu schädigen. Aber trotz einseitigster Protektion unserer Konkurrenz durch Staat, Behörden und Unternehmer ist alles vorbeigelungen, wie die Ziffern unserer Statistik am besten beweisen. Und gerade die zahlreichen Nichtorganisierten, die uns aufsuchen, illustrieren am besten, was es mit der angeblichen „Parteilichkeit“ — die wir nach Meinung einiger hiesiger schnurriger Spießer und bornierter Scharfmacher ausübten — auf sich hat. So ist das Organisationsverhältnis im Berichtsjahre sogar von 52,06 auf 50,67 Prozent gesunken. Ein treffender Beweis für das eben Gesagte. Allerdings glauben wir nicht, daß sich unsere Gegner davon überzeugen lassen, weil ihnen eben Tatsachen nicht in den Kram passen. Aber lassen wir sie, wir sind ohne die Gnadensonne der hier herrschenden Patrizierciquen in der Vetternrepublik Lübeck groß geworden und werden es bleiben trotz alledem und alledem! Die Besuchsziffer betrug 14 937 (16 122). Die Zahl der Besuche betrug 13 656 (14 495). Die Zahl der Auskünfte war 14 824 (15 704). Die Zahl der angefertigten Schriftstücke stieg auf 4 839 (4 433). Wiederholt erschienen auf dem Sekretariate 1895 (1872) Personen. Nach auswärts wurden auf Grund ebensovieler Anfragen 460 (416) schriftliche Auskünfte erteilt. Im Berichtsjahre sind 11 761 (12 623) neue Fälle bearbeitet worden. Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres. Das Sekretariat wurde im Jahre 1912 von 13 095 Arbeitnehmern und deren Angehörigen, von 1576 selbständigen Gewerbetreibenden, Landwirten, Rentnern, Beamten und deren Angehörigen sowie von 266 Vereinen, Organisationen und Behörden in Anspruch genommen. Das Organisationsverhältnis der Besucher beträgt 50,67 Proz. gegen 52,06 Proz. im Vorjahre; es sind wiederum zahlreiche Beamte, Landwirte und selbständige Gewerbetreibende usw. zu verzeichnen. Von den 14 937 Besuchern waren organisiert 7568 und zwar nur gewerkschaftlich 4785, nur politisch 377, gewerkschaftlich und politisch 2406. Dazu kommen noch 266 Vereine, Organisationen und Behörden. Der Rest ist unorganisiert. Ihren Wohnsitz hatten die Besucher wie folgt: 11 269 in Lübeck (Stadt), 1222 in Lübeck (Land), 1105 in Oldenburg, 648 in Mecklenburg, 640 in Preußen, 20 in Hamburg, 5 in Bremen, 7 in Sachsen, je 2 in Hessen, Bayern, Schweden, 5 in Rußland, 4 in England, 3 in Dänemark und je 1 in Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen. Gegenstand der Auskunft war a) Arbeiterversicherung 3199, b) Arbeits- und Dienstvertrag 3001, c) Bürgerliches Recht 5405, d) Vereins- und Versammlungsrecht 40, e) Strafrecht 1183, f) Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 1504, g) Arbeiterbewegung 145, h) Privatversicherung 172, i) Handels- und Gewerbesachen 117, k) Diverses 58. Der Betrag der durch die eingeleiteten Streitverfahren erzielten Renten oder höheren Renten betrug bei der Unfallversicherung 12 115 Mark, bei der Invalidenversicherung 1 895 Mark. Außerdem sind durch Vermittlung des Sekretariats auf dem Gebiete des Bürgerlichen Rechtes, Gesindesachen usw. für unsere Besucher wiederum größere Summen — in Höhe von mehreren tausend Mark — bei uns eingegangen und den Empfangsberechtigten übermittelt worden, die wir aber nicht als unmittelbare Streiterfolge verbuchen, sondern nur als Ein- und Ausgänge verzeichnen.

Wir wollen es bei diesem kleinen Auszug aus dem Jahresbericht des Arbeitersekretariats bewenden lassen. Aus demselben geht hervor, wie segensreich diese von der organisierten Arbeiterschaft Lübecks geschaffene und unterhaltene Institution wirkt; ein stolzes Zeugnis von der Kraft der Solidarität der werktätigen Bevölkerung.

Gewerbeschule. Im Sommerhalbjahr 1913 beginnt der Unterricht nach dem festgesetzten Stundenplane: Montag, den 31. März 1913. In die Lehre eintretende Lehrlinge sind bis zum 31. März durch die Lehrherrn schriftlich anzumelden. Anmeldebögen können in der Schreibstube entgegengenommen werden. Bei den Lehrlingen, welche die Gewerbeschule schon besuchten, bedarf es keiner Anmeldung. Lehrlinge, welche ausgelernt haben, sind innerhalb 8 Tagen schriftlich vom Schulbesuch abzumelden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die verspätete An- und Abmeldung, der unpünktliche und unregelmäßige Schulbesuch gegen das Gewerbeschulgesetz verstößt.

Landung des Ballons „Lübeck“. Wie der Führer des am gestrigen Mittwoch hier aufgestiegenen Ballons „Lübeck“ telegraphiert, ist die Landung um ½2 Uhr glatt bei Garding in Eidersted an der Nordseeküste erfolgt. Die Mitfahrer waren begeistert von der wundervollen Fahrt. — Voraus-

sichtlich wird der Ballon am kommenden Sonntag wieder einen Aufstieg unternehmen.

pb. **Verhaftungen.** Auf Grund einer Requisition der Amtsanwaltschaft in Neuhaus a. E. wurde hier eine Haushälterin festgenommen, die sich des Diebstahls zum Nachteil ihres Dienstherrn in Haar bei Neuhaus schuldig gemacht hat. — Festgenommen wurde ein hiesiger Händler, der einem andern Händler ein Grammophon abgeschwindelt hat. — Ein hiesiger Händler, der dringend verdächtig ist, in einem Orte bei Kiel ein Pferd gestohlen zu haben, wurde festgenommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Eine Doppel-Klassiker-Vorstellung gibt der Sonnabend abend. Molieres geistreich-graziöse „Tartüffe"- und H. v. Kleists prächtige „Zerbrochene-Krug"-Dichtung, beides Perlen von ganz besonderem Wert unter der kleinen Zahl der schätzbaren Lustspieldichtungen. Die Vorstellung findet zu kleinen Preisen statt. Am Sonntag gehen Richard Wagners „Fliegender Holländer" (am Abend) und „Bummelstudenten" (zu kleinen Preisen am Nachmittag) wieder in Szene. Für Freitag sei auf die Wiederholung von Otto Nicolais „Die lustigen Weiber von Windsor", die bei ihrer ersten Aufführung am 15. März begeisterte Aufnahme fanden, aufmerksam gemacht.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 28. d. M., abends 6 bis 7 Uhr.

Kücknitz-Siems. Eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag, dem 30. März, nachmittags 4 Uhr (präzise) im Lokal von Dieckelmann zu Kücknitz statt. Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam.

---

e. **Stockelsdorf.** Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am 25. März im Gesellschaftshaus F. L. Paetau statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Aufgenommen wurden fünf Genossinnen und ein Genosse. Vom Vorsitzenden wurde der Kartellbericht gegeben; die örtliche Generalversammlung soll am 6. April, abends 7 Uhr, stattfinden. Der Überschuß von der Frauenwahlrechtzeitung und der Erlös für den alten Bibliothekschrank sollen für Bibliothekbücher verwendet werden. Für Ausbreitung unserer Presse soll eine Agitationskommission gewählt werden.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Freitag, dem 28. März, abends von 5 bis 8 Uhr, im Lokale des Herrn Pinkert, „Gastzof Transvaal", statt.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine allgemeine Lohnbewegung im oberschlesischen Bergbau. In der oberschlesischen Bergarbeiterbewegung ist durch das Eingreifen des Bergarbeiterverbandes die Situation wesentlich verändert. Die polnische Bergarbeitervereinigung hatte bekanntlich schon im vergangenen Herbst eine Lohnbewegung eingeleitet, ohne sich aber mit den anderen Bergarbeiterorganisationen zu verständigen. Die damals gestellten Forderungen fanden bei den Unternehmern kein Gehör. Und eine Petition wurde vom preußischen Landtag, nachdem sie auch vom Fürsten Henkel v. Donnersmark, der sein Landtagsmandat den Polen zu verdanken hat, abschläglg beschieden. Dann beschloß eine Konferenz der Vertrauensleute der polnischen Berufsvereinigung, nochmals die Unternehmer zu fragen, wie sie sich zu den Bergarbeiterwünschen stellten. Auch dieser nochmalige Versuch zeitigte keinen Erfolg. Am 16. März fand dann eine weitere Konferenz der polnischen Vertrauensleute in Königshütte statt, die den Beschluß faßte, unter Einhaltung der Kündigungsfrist den Streik vorzubereiten. Bis zum 21. März sollten die Unterschriften zur Kündigung gesammelt und nach dem Zentralbureau der polnischen Berufsvereinigung gesandt werden. Von all diesem Tun waren die übrigen Bergarbeiterorganisationen nicht unterrichtet. Am 18. März wurde auch schon ein Flugblatt unter dem Titel: „Proklamierung des Generalstreiks in Oberschlesien" verbreitet. Der Bergarbeiterverband konnte diesem Treiben nicht untätig zusehen, das für die Arbeiter schon von vornherein sehr nach einem Fiasko aussah. Er sandte zwei Vertreter, Löffler und Ritzmann, zu der Leitung der polnischen Berufsvereinigung und fragte diese, was sie eigentlich vorhabe. Zu einem Streik sei die Einigkeit aller Bergarbeiter notwendig. Den Versuch zu unternehmen, diese herzustellen, habe die polnische Berufsvereinigung bisher unterlassen. Auch sei der in Königshütte gefaßte Beschluß nur von Mitgliedern der polnischen Berufsvereinigung gefaßt und darum auch nur für diese maßgebend. Der Bergarbeiterverband ließe sich keine Beschlüsse von einer anderen Organisation aufzwingen, er würde die Bewegung mitmachen, erst müsse aber der Versuch gemacht werden, ob auch die anderen Verbände dazu bereit seien. Darum sei eine Konferenz sämtlicher Organisationsvertreter notwendig. Die Leitung der polnischen Berufsvereinigung sah nun, daß sie einen taktischen Fehler begangen habe und lenkte ein. Es fand darum am Karfreitag eine Sitzung statt, die das Ergebnis ihrer Beratung in folgendem Aufruf niederlegte:

„An die Bergarbeiter Oberschlesiens!

Am 21. März d. J. waren im Bureau der polnischen Berufsvereinigung die Vertreter folgender Organisationen versammelt:

1. Polnische Berufsvereinigung,
2. Verband der Bergarbeiter Deutschlands,
3. Gewerkverein christlicher Bergarbeiter.

Die nahmen Stellung zu der Lage, die durch das Ablehnen der berechtigten Arbeiterforderungen und durch den Streikbeschluß der polnischen Berufsvereinigung geschaffen ist.

Einmütig wird ausgesprochen, daß die Unternehmer des oberschlesischen Bergreviers sehr wohl in der Lage sind, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Da die Unternehmer aber bis jetzt jedes Entgegenkommen abgelehnt haben, sehen sich die Organisationsvertreter veranlaßt, den Arbeitern den Streik zu empfehlen. Der Streik soll aber unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist beginnen. Die Vertreter der drei Verbände fordern darum alle Bergarbeiter auf, die zirkulierenden Kündigungslisten und -zettel zu unterschreiben. Diese müssen bis Freitag, den 28. März, in den Bureaus der einzelnen Verbände einlaufen. Die weiter zu ergreifenden Maßnahmen werden sodann von den Organisationsleitungen beschlossen. Die Bergarbeiter worden dringend ermahnt, Disziplin zu halten. Vor allen Dingen muß verhütet werden, daß wilde unüberlegte Einzelstreiks ausbrechen. Dadurch kann die gerechte Sache der Bergarbeiter geschädigt werden.

Der Gewerkverein der Bergarbeiter H. D. war nicht in der Konferenz vertreten, aber es ist anzunehmen, daß auch dieser sich der Bewegung anschließt.

Hoch die Solidarität und Einigkeit
der Bergarbeiter Oberschlesiens! Mit Glückauf!
Für die polnische Berufsvereinigung:
Alb. Sosinski.
Für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands:
Heinr. Löffler.
Für den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter:
Ant. Kowalczyk"

Die katholischen Fachabteiler waren ebenfalls zu der Konferenz geladen, aber nicht erschienen. Der Zentralvorstand dieser „Arbeiterorganisation" erklärte brieflich, daß er die Interessen der Arbeiter nach den Weisungen der päpstlichen Enzyklika „vertreten" werde. Danach werden sich die Fachabteiler, wenn es in Oberschlesien zum Streik kommt, mit den Unternehmern in „wechselnder Liebe betätigen".

Durch das Eingreifen des Bergarbeiterverbandes ist wenigstens etwas Einheitlichkeit in die Bewegung gebracht, sie ist darum erfolgversprechender für die Bergarbeiter gestaltet.

Zur Aussperrung im Malergewerbe. Nach Aufhebung der Aussperrung in Hannover haben bereits Verhandlungen zur Abschließung eines örtlichen Vertrages begonnen. In Plauen im Vogtlande, Jena und Meerane sind die örtlichen Tarife bereits in Kraft getreten. In Plauen wurden 7 Pfg. Lohnerhöhung (auf die dreijährige Vertragsdauer verteilt) und eine halbe Stunde tägliche Arbeitszeitverkürzung zugestanden, in Jena 4 Pfg., in Meerane ebenfalls 4 Pfg.; dazu kommen einige kleinere Vergünstigungen. Aus anderen Städten wird ebenfalls gemeldet, daß Verhandlungen nahe bevorstehen. Dieses Nachgeben der Unternehmer wird jetzt mit dem Einsetzen der guten Konjunktur zum Quartalwechsel noch häufiger werden.

Erfolgreicher Ausstand der Tapezierer in Köln und in Essen. Nach vierzehntägiger Dauer endeten beide Streiks mit einem vollen Erfolg für die Streikenden. In beiden Städten wurde am 20. März die Arbeit zu den neuen Bedingungen wieder aufgenommen. Ein vierjähriger Vertrag ist abgeschlossen; er sieht vor, daß ab 1. März 1916 die Arbeitszeit von wöchentlich 53 Stunden auf 52 Stunden reduziert wird unter Lohnausgleich. Damit war ein hauptsächliches Kampfobjekt erledigt, auch die Forderung eines anständigen Grundlohnes für ältere Arbeiter fand durch den Streik eine befriedigende Lösung. Es wurde ein Durchschnittslohn vereinbart; er tritt in Kraft für Gehilfen, welche 4 Jahre die Lehrzeit hinter sich haben und beträgt in Köln 64 Pfg. die Stunde, steigend in jedem Tarifjahre um einen Pfennig bis auf 67 Pfg. ab 1. März 1916. In Essen beginnt dieser Durchschnittslohn mit 62 Pfg. und steigt ebenfalls bis auf 67 Pfg. im letzten Vertragsjahr. An Mindestlöhnen wurden festgelegt für den Ausgelernten 43 Pfg., ein Jahr nach beendeter Lehrzeit 49 Pfg. pro Stunde; auch diese Löhne steigen in jedem Jahr der Vertragsdauer um 1 Pfg. Auf alle übrigen Löhne erfolgt jährlich am 1. März ein Zuschlag und zwar 1913—1914—1915—1916 in Köln 3 + 2 + 2 + 2 Pfg. und in Essen 3 + 2 + 1 + 2 Pfg. zum Stundenlohn. Sämtliche Akkordpreise erhöhen sich um 8 % und 1915 nochmals um 2 %. Die übrigen Positionen sind ohne wesentliche Änderungen dem alten Vertrag entnommen. Die Verträge sind vereinbart mit dem Arbeitgeberschutzverband und der Zwangsinnung, sie haben Gültigkeit für 550—600 Arbeiter. Im Ausstand stehen noch die Tapezierer in Bielefeld. Die Unternehmer weigern sich, die Organisation anzuerkennen. Es wird ersucht, jeden Zuzug nach Bielefeld streng fernzuhalten.

Tarifbewegung in den Kölner und Düsseldorfer Brotfabriken. Seit 9. März stehen die Arbeiter von fünf Brotfabriken in Köln und einer Fabrik in Düsseldorf im Streik, weil die Unternehmer auf die eingereichten Forderungen nicht antworteten bezw. sich weigerten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Die Kölner Ortsgruppe des Brotfabrikanten-Verbandes übermittelte den Organisationen in letzter Stunde eine Tarifvorlage, die eine Verlängerung der Arbeitszeit und die Fixierung des bestehenden Lohnes bis 1917 vorsah. Das Angebot wurde von den Arbeitern einstimmig abgelehnt. Bis jetzt sind in 14 Betrieben die Arbeitsverhältnisse geregelt. Mit den bestehenden drei Konsumbäckereien arbeiten nun 212 Bäcker in 17 Großbetrieben im Vertragsverhältnis; über die restlichen 10 Brotfabriken wurde von der organisierten Arbeiterschaft (freie und christliche) der Boykott verhängt. Von dem Gewerbegericht in Köln wurden den Parteien Einigungsverhandlungen angeboten. Von den Streikenden wurde das Angebot angenommen, die Unternehmer dagegen lehnten es ab. Der Streik und Boykott wird daher weitergeführt. Die Bäcker werden ersucht, nicht nach Köln und Düsseldorf zu reisen.

Zur Textilarbeiteraussperrung am Niederrhein. Die „Kölnische Volkszeitung" läßt in einem Krefelder Versammlungsbericht den Abgeordneten Schiffer, Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes, sagen, daß in Elberfeld Streikarbeit für Krefeld geliefert wird. Das ist nicht der Fall. Es dürfte den Christlichen aber schwer sein, den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung zu führen. In Elberfeld arbeiten einige Firmen fortwährend für Krefelder Auftraggeber. Da kann aber von Streikarbeit keine Rede sein. Die Verdächtigung Schiffers soll nur den eigenen Unfall der Christlichen verdecken. Bekanntlich haben die Christlichen beschlossen (auf Anweisung des Klerus?), den Streik aufzuheben.

Gebrochener Innungsterrorismus. Die Malerzwangsinnung in Solingen hatte beschlossen, alle organisierten Gehilfen auszusperren. Nichterfüllung dieses Beschlusses sollte mit 20 Mk. bestraft werden. Die Aufsichtsbehörde hat diesen Beschluß als unzulässig aufgehoben.

Zu dem christlichen Boykott in Kevelaer wird uns noch geschrieben: Die Vermutung, daß ein Wink von oben den christlichen Graphischen Verband zur Aufhebung des Boykotts und zu dem Rundschreiben an die Buchhändler veranlaßt haben soll, erscheint bestätigt. Den christlichen Gewerkschaftsorganen soll von bischöflicher Seite ein Verbot der Publikation des Boykottbeschlusses zugesandt worden sein, mit dem Hinweis, daß der wirtschaftliche Terror vor den Gebet- und Erbauungsbüchern Halt zu machen habe. Die Bischöfe haben also dem entsprochen, was die Kevelaer Unternehmer in der „Arbeitgeber-Zeitung" von den christlichen Gewerkschaften als unerläßliche Bedingung verlangt hatten. Nicht das Arbeiterinteresse erforderte also die Aufhebung des Boykotts und die Wiederherstellung des — übrigens niemals bestandenen — guten Rufes der Kevelaer Buchbindereierzeugnisse, sondern das Unternehmerinteresse. Und der bischöfliche Befehl, der diesem Unternehmerinteresse ohne Rücksicht auf die Arbeiter der Kevelaer Gebetbuchindustrie Rechnung trug, zwang den christlichen Graphischen Verband zur Aufgabe des sehr aussichtsvollen Streiks und die christlichen Gewerschaften und die ihnen verbündeten katholischen Arbeitervereine zur Aufhebung des sehr wirksamen Boykotts.

Zentrumspresse und Arbeiterinteressen. In Heidingsfeld stehen seit einigen Wochen die Arbeiter der Dampfziegelei Gg. Siegler im Streik. Von den Streikenden sind auch einige im christlichen Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter organisiert. Der Kampf wird den Arbeitern dadurch erschwert, daß die Zentrumspresse, die in dem Gebiet sehr verbreitet ist, die Inserate der Firma, in denen unorganisierte Arbeiter gesucht werden, aufnimmt. Die „Gewerkschaftsstimme", das Verbandsorgan des Christlichen Verbandes, notiert diese bedauerliche Tatsache (in Nr. 11 vom 19. 3.) mit folgenden Sätzen:

„Bei der Firma Siegler in Heidingsfeld bei Würzburg stehen die Kollegen im Kampf. Die Firma will keine organisierten Arbeiter beschäftigen und sucht Streikbrecher. Mehrere bürgerliche Zeitungen haben sich nicht gescheut, diese Streikbrecher-Annonce aufzunehmen, obwohl darin stand, daß organisierte Arbeiter nicht aufgenommen werden."

In dieser Notiz fehlt zunächst die Feststellung, daß es in erster Linie die Zentrumspresse ist, die sich nicht scheut, den Arbeitern den Kampf zu erschweren. Weiter fehlt, und das ist ebenso interessant wie bezeichnend, jeder Hinweis auf die beschämende Tatsache, daß auch der „Beobachter am Main", das ist dasselbe Zentrumsblatt, in dessen Druckerei die „Gewerkschaftsstimme" hergestellt wird, das Inserat der Firma Siegler aufgenommen hat. Das ist wirklich eine energische Vertretung der Arbeiterinteressen! Dabei ist der Vorsitzende des Verbandes, Herr Tremmel, jahrelang Vorsitzender des Zentrumswahlvereins gewesen; er hat also in doppelter Eigenschaft einen erheblichen Einfluß auf den „Beobachter". Und trotzdem solche Inserate! Die „Gewerkschaftsstimme", die sonst in spaltenlangen Artikeln jede Lüge über die sozialdemokratische Presse breittritt, hat für diese Vorgänge im eigenen Heim nicht einmal die leiseste Rüge. Sonderbar, höchst sonderbar!

Aus der Jugendbewegung.

Massendemonstration der Düsseldorfer Arbeiterjugend. Eine imposante Massenversammlung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen fand am Ostermontag im Apollotheater zu Düsseldorf statt. Der große Rundbau des Theaters, das etwa 6000 Personen faßt, war bis auf den letzten Platz gefüllt, die Versammlungsteilnehmer bestanden zum größten Teil aus Jugendlichen. Das Hauptreferat hatte Genosse Adler-Kiel übernommen. Der Polizei, die sich zu der unpolitischen Versammlung ebenfalls eingefunden hatte, machten die Ausführungen des Referenten sichtlich wenig Freude, und einmal drohte der „überwachende" Kommissar sogar mit der Auflösung. An der Polizei lag es nicht, wenn die Versammlung trotzdem ruhig zu Ende geführt wurde — die Versammlung, die zur Werbung von „Arbeiterjugend"-Abonnenten unter den Schulentlassenen arrangiert war, brachte einen vollen Erfolg.

Soziales.

Geburtenrückgang und Geburtenstatistik. Angesichts der lebhaften Diskussion über die Ursachen des Geburtenrückgangs, zu dessen Behebung so überaus verschiedene Mittel vorgeschlagen werden, hat der Bund für Mutterschutz, Ortsgruppe Berlin, eine Petition an den Staatssekretär des Innern gerichtet, die bisherige deutsche Geburtenstatistik nach dem Muster der französischen zu erweitern, daß die Verteilung der Kinderzahl auf die Ehen, nach dem Lebensalter des Vaters, der Mutter, der Dauer der Ehe, die Fehlgeburten, der etwaigen schweren Erkrankungen des Mannes und der Frau, die Verteilung der Zahl der Geburten, auf die Zahl der Ehefrauen und der lebenden weiblichen Personen im gebärfähigen Alter überhaupt, die verschiednen Bevölkerungsgruppen nach den Provinzen, Stadt und Land, Stand und Beruf der Eltern, Nationalität der Eltern, Einkommenstufe der Familie usw. erkannt werden können. Erst auf Grund einer derartig vervollkommneten Statistik wird es möglich sein, die hier zu Grunde liegenden Tatsachen, Ursachen des Geburtenrückgangs wirklich zu erkennen und Mittel und Wege zu ihrer Behebung zu finden.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes. Zur Durchführung der Unfallversicherung im Jahre 1912 haben 114 Berufsgenossenschaften und 543 Ausführungsbehörden mit 6 177 923 Betrieben und rund 27 Millionen versicherten Personen bestanden. Davon entfallen auf die Land- und Forstwirtschaft 48 Berufsgenossenschaften und 54 Ausführungsbehörden für die land- und forstwirtschaftliche Verwaltung mit rund 5 434 100 Betrieben und rund 17 179 000 versicherten Personen. Nach einer vorläufigen Ermittelung belief sich die Zahl aller im Jahre 1912 bei den Trägern der Unfallversicherung angemeldeten Unfälle auf 742 472, die der erstmalig entschädigten auf 137 445. Die verausgabten Entschädigungen betrugen 170 352 981 Mk. Das Reichsversicherungsamt hatte 42 795 Rekurse gegen Schiedsgerichtsurteile und Anträge auf Feststellung des entschädigungspflichtigen Versicherungsträgers zu bearbeiten; davon entfallen 7034 auf die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung. Erledigt wurden insgesamt 20 612 Rekurse, von den landwirtschaftlichen 3667 Rekurse. In der Invalidenversicherung belief sich der Gesamtbetrag der bis Ende 1911 gezahlten Entschädigungen auf 2 272 298 459 Mark, davon kamen auf das Jahr 1911: 203 866 298 Mk. Die Einnahme aus Beiträgen kann für 1912 auf etwa 270 Millionen Mark veranschlagt werden. Das Vermögen der Versicherungsträger beträgt zurzeit etwa 1900 Millionen Mark. Die Zahl der in Invalidenhäusern und ähnlichen Anstalten untergebrachten Personen ist von 3927 im Jahre 1911 auf 4431 im Jahre 1912 gestiegen. Eigene Invalidenhäuser besitzen 10 Versicherungsträger. Zu gemeinnützigen Zwecken sind bis zum Schlusse 1912 hergegeben worden: a) zum Baue von Arbeiterwohnungen und zur Arbeiterwohnungsfürsorge überhaupt 418 254 026 Mk., b) zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (Bodenverbesserung, Aufforstung, Hebung der Viehzucht u. a.) 113 752 114 Mk., c) für Wohlfahrtseinrichtungen überhaupt 517 278 474 Mk.; zusammen 1 049 284 614 Mk. Gegen Schiedsgerichtsurteile wurden 4872 Revisionen in Invaliden- und 46 in Altersrenten beim Reichsversicherungsamt eingelegt. Mit Einschluß der aus dem Vorjahre übernommenen waren 8619 zu bearbeiten.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Eine etwas verspätete Hebbelfeier veranstaltete gestern abend unsere städtische Bühne. Zur Aufführung gelangte Hebbels Trauerspiel „Agnes Bernauer". Das Stück, daß unserer modernen Weltanschauung in mancher Hinsicht widerspricht, ist nichtsdestoweniger von starker dramatischer Wirkung. Die gestrige Wiedergabe fand bei dem vollen Hause lebhafte Anerkennung. Wir kommen nach der ersten Wiederholung auf das Werk und seine Darstellung noch eingehend zurück.

Briefkasten.

J. Sch. Für die Erteilung des Konfirmandenunterrichts wird eine Gebühr erhoben. Einkommen unter 2000 Mk. sind hiervon befreit. Von 2000—2500 Mk. müssen 3,— Mk., bis 3000 Mk. 5,— Mk., bis 4500 Mk. 10,— Mk., bis 7500 Mk. 20 Mk., bis 10 000 Mk. 30,— Mk. und über 10 000 Mk. Einkommen 50,— Mk. Gebühr bezahlt werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik

2527) August Scheere

liefert,
vielfachen Wünschen seiner verehrten Kundschaft entsprechend, ab morgen täglich frisch nachstehende Spezialitäten:

Thüringer Siedewürstchen
das Paar 20 Pfg.

Dresdner Appetitwürstch. z. Rohessen
das Paar 25 Pfg.

Thüringer Preß-Sülze
das Pfund 120 Pfg.

Thüringer Rotwurst
das Pfund 120 Pfg.

Thüringer Delikateß-Leberwurst
das Pfund 120 Pfg.

Bayerische Bockwurst im Aufschnitt
das Pfund 140 Pfg.

Sächsische Bratwurst
das Stück 25 Pfg.

Auf sämtliche Waren 4 Prozent Rabatt.

Verkauf in den Detailgeschäften:

Holstenstraße 19. Breite Straße 44.
Hüxstraße 22/24. Mühlenstraße 20.
Warendorpstraße 21. Percevalstraße 22.
Wakenitzstraße 11.
Schwartau: Lübecker Straße 40.

Die beste

Dauerwäsche

2321 der Welt.

Kamerhuis
Obere Wahmstr. 17.

Eine wichtige Frage

beschäftigt bei Beginn der Fahrsaison Tausende Radler und die Leute, welche Radler werden wollen, nämlich die Frage: **Wo kaufe ich ein Fahrrad?** In dieser Zeit ist es eines jeden Arbeiter-Radfahrers Gewissenspflicht, seine Arbeitskollegen, Bekannten und Freunde darüber zu belehren, was für ein Fahrrad sie wählen und in welchem Geschäft sie kaufen sollen. Da können die Mitglieder des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität

den besten Rat geben

und vorschlagen, die Frischauf-Fahrräder in den Verkaufsstellen der Arbeiter-Konsumgenossenschaft der Fahrradbranche in Augenschein zu nehmen, denn in den **Verkaufsstellen des Bundesgeschäfts des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität** kann allen Wünschen und jedem Geschmack Rechnung getragen werden. Die enorm großen von Jahr zu Jahr immens steigenden Umsätze des **Fahrradhauses „Frischauf"** beweisen, daß dort die Kundschaft aufs beste bedient wird. Das

Frischauf-Genossenschafts-Fahrrad

ist ein anerkannt schmucks, unverwüstliches und zuverlässiges Rad, es wird aus bestem Material sorgfältig hergestellt, läuft wunderbar leicht und geräuschlos, es ist ein Fahrrad erster Klasse. Beim Gebrauch dieses Rades wird jeder Fahrer die Überzeugung gewinnen, daß das Frischauf-Fahrrad das

Ideal-Fahrrad für jedes Wetter

und von unübertroffener Qualität ist. Trotz der vielen Vorzüge der Frischauf-Fahrräder müssen die Preise als auffallend niedrig bezeichnet werden. Wer sich über diese genau unterrichten will, der gehe in die hiesige **Verkaufsstelle**

Fünfhausen 28

und lasse sich dieselben **ohne Kaufzwang** vorführen.

Sämtliche Reparaturen billigst.

W. Reppenhagen.

2312) Vertreter für Lübeck und Umgegend.

Schultornister

in solider Sattlerarbeit.

(2418

Frühstückstaschen, Schüleretuis.
Mappen jeder Art.

Otto Martens,

Sandstr. 14.
— Rote Rabattmarken. —

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
8) Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlosserhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Zwirn-Hosen	1.68—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28**, Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Rohrstühle

werden eingeflochten
2504) **Wakenitzmauer 122, part.**

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Hausstandslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neutuch, Taue.** (1225
Fernruf 2430. Postkarte genügt.
Wallenhofstraße 25.

Neue Hafenfähre

G. m. b. H.

Eröffnung der Fahrten
Lübeck-Schwartau
am Dienstag, dem 1. April.

Fahrpläne sind gratis zu entnehmen am **Kontor, Untertrave 59, Ferd. Kayser, Breite Straße 81, Otto Trepkau, Fleischhauerstraße 11, M. Niemeyers Zigarrenladen, Breite Straße 63, Untertrave 50 und Hüxstraße 123.** (2510

Zentral-Verband der

Zimmerer!

Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 28. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Unsere diesjährige Tarifbewegung
2. Kartellbericht.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
2530) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Abstinenten-Bund

Versammlung
am Freitag, dem 28. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
2511) **Der Vorstand.**

Neues Stadttheater.

Freitag, den 28. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.
159. Vorst. i. V.-A. 26. Vorst. i. Freitag-A.

Die lustigen Weiber v. Windsor
Kom.-phant. Oper v. Otto Nicolai.
Opernpreise.

Sonnabend, den 29. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
160. Vorst. i. V.-A. Außer Sonnab.-Ab.

Der Tartüffe.
Lustspiel von Moliere
und
Der zerbrochene Krug.
Lustspiel von H. v. Kleist.
Kleine Preise.

Sonntag, den 30. März 1913.
Nachmittags 3 Uhr. Ende 5½ Uhr.
Außer Abonnement. Kleine Preise.

Die Bummelstudenten.
Gr. Posse nach Pohl u. Wilken
von Bernauer und Schanzer.
Musik von Bretschneider u. Zepler.

Abends 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
161. Vorst. i. Voll-Ab. Opernpreise.

Der fliegende Holländer.
Von Richard Wagner. (2529

In

Konsum-Artikeln

empfehlen wir

Gardinen

in weiß und creme das ganze Meter **35** ₰ bis **1.50** M.

Gardinen-Nessel mit farbig. Streifen, das ganze Meter . . . . . **38** ₰

Rouleaustoffe in weiß, creme, graugestreift und den neuen Farben.

Spachtel-Rouleau- u. Zug-Gardinen
in weiß und creme das Paar von **1.85** M. an.

Ferner in **Bettwäsche**

Bettücher in Barchent . . . . . **98** ₰

Halblein. Bettücher von **1.75 2.25** M. usw.

Bettbezüge und Kissenbezüge

sowie fertige **Betten** und einzelne **Betteile**
in jeder Preislage.

Gebrüder Barg

2521) **Kohlmarkt 5.**

4 Prozent in bar oder Rabattmarken.

Sonntags von 7-9 Uhr morgens und 11-1 Uhr mittags geöffnet.

Schneeweiße Wäsche

gibt **Ragoda-Schnellwaschmittel.** Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.

Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung Klempner!

Versammlung

am Freitag, dem 28. März 1913
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

Stand unserer Lohnbewegung und Stellungnahme zu der letztgemachten Mitteilung der Innung.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist wegen der Abstimmung dringend erforderlich.

2514) **Die Branchenleitung.**

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater

am Sonntag, dem 6. April, nachm. 3 Uhr präz.:

Agnes Bernauer.

Tragödie in 5 Akten von Friedr. Hebbel.

Preis der Karte 60 Pfg. inklusive Garderobe.

Die **Auslosung der Plätze** erfolgt **am Sonnabend, dem 5. April,** von 6½ bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.

Die Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der numerierten Billetts zurückzugeben.

2518) **Der Vorstand.**

Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

NB. Wir weisen nochmals darauf hin, daß bei unseren sämtlichen Theatervorstellungen die Türen bei offener Böhne geschlossen und erst beim Aktschluß wieder geöffnet werden. Deshalb ersuchen wir die Besucher, spätestens ¼ Stunde vor Beginn der Vorstellung im Theater anwesend zu sein. **D. O.**

Konzerthaus Fünfhausen.

2507

Freitag: Große Ballmusik. Sonntag: Ballmusik.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 71. Donnerstag, den 27. März 1913. 20. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 26. März.

Zur Beratung steht der

Voranschlag für die Einnahmen und Ausgaben der freien und Hansestadt Lübeck und Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1913.

(1. Tag.)

In der Generaldebatte nimmt das Wort

Präses Dimpker, der vorweg einige Richtigstellungen bekannt gibt. Die Budgetkommission habe vor einer schweren Arbeit gestanden, sie habe versucht, die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben zu beschränken. Was nicht absolut notwendig sei, habe man gestrichen. Diese Streichungen seien nicht willkürlich erfolgt, sondern nur nach reiflicher Prüfung. Der Senat sei erfreulicherweise den Abstrichen beigetreten, habe aber schwere Bedenken geäußert. Nur im Interesse des rechtzeitigen Zustandekommens des Budgets habe der Senat zugestimmt. Diese Begründung sei allerdings nicht stichhaltig. Zeit genug wäre zur weiteren Beratung vorhanden gewesen. Unpraktisch sei ferner, daß der Senat gesagt habe, es sei kaum möglich, mit den den Behörden bewilligten Summen auszukommen. Die Bürgerschaft müsse zum Ausdruck bringen, daß mit den bewilligten Summen eben unter allen Umständen gerechnet werden müsse. Die Behörden sollten sich danach einrichten. Die Budgetkommission des Bürgerausschusses sei lebhaft bestrebt gewesen, mit 15 Proz. Einkommensteuererhöhung auszukommen. Die unglückliche Vorlage der Puppenbrücke und einer weiteren Vorlage habe jedoch einen 18prozentigen Zuschlag notwendig gemacht.

Senator Eschenburg bittet, der bemängelten Einschränkung „im Interesse des Zustandekommens" weiter keine Bedeutung beizulegen. Unser kleines Staatswesen erfordere stets weitere Ausgaben. Redner kommt ferner auf einen Artikel in der „Frankfurter Zeitung" zu sprechen, dessen Inhalt, der von der Gefährdung unserer politischen Selbstständigkeit rede, unrichtig sei. Wir stünden nur augenblicklich in einer ungünstigen Zeit. Hinzukommen die vor zwei Jahren erfolgten Gehaltsaufbesserungen, die 485 000 Mk. erfordern, dagegen habe die Gewerbesteuer nur 340 000 Mk. erbracht. Weitere bedeutende Mehreinnahmen seien nicht erfolgt. — Die voraussichtlichen Brückenbauten würden das Budget im voraus belasten. Die Heilanstalt Strecknitz habe 8 Millionen Mark erfordert. Man müsse darauf hinausgehen, für Neuausgaben diese Kreise heranzuziehen, die davon profitieren. Die Warenhaussteuer sei leider abgelehnt worden, die Hundesteuer sollte auch mehr erbringen, alles könne man nicht auf die Einkommensteuer wälzen, was jedoch geschehen müsse, wenn neue Einnahmequellen nicht geschaffen würden.

Senator Kulenkamp bestätigt ebenfalls das Einverständnis zwischen Budgetkommission und Senat.

Thiel kommt auf die Staatsverwaltung zu sprechen, die bei einer zeitgemäßen Reform Ersparungen bringen könnte. Das Bild habe sich gegen früher noch ungünstiger gestaltet. Für eine Umgestaltung wären nach dem Ausspruche des Senates langwierige Vorarbeiten notwendig, die Frage sei aber jetzt brennend geworden, wie die vielen Zeitungsartikel auch beweisen. Wirklich etwas anzufangen sei mit diesen Artikeln nichts, etwas Positives könne nur der Senat zusammentragen. Nachdem drei Jahre verflossen sind, könnte endlich der Senat sagen, wie weit er mit den Vorarbeiten gekommen ist. Übereile sei in dieser Frage nicht am Platze; gebe der Senat heute eine Erklärung, dann sei ein weiteres Eingehen auf die Verwaltungsreform unnötig.

Senator Kulenkamp: Der Senat hegt den lebhaften Wunsch, mit möglichst geringen Mitteln zu arbeiten. Das Material wächst bei der Verwaltungsreform unter den Händen und beweist, wie schwer es ist, hier Praktisches zu leisten. Die Zeitungsartikel beweisen auch, wie verschieden sich die Reform in den Köpfen malt. Der Senat hofft, in einigen Monaten mit Vorschlägen kommen zu können.

Stelling: In der letzten Zeit ist über das Budget außerordentlich viel gesprochen und geschrieben worden. Der eine ist in lichtvollen Ausführungen zu der Ueberzeugung gekommen, es sei nicht so schlimm mit unseren finanziellen Verhältnissen, wie angenommen würde. Es sind aber auch andere Auffassungen vorhanden. Ich will nur darauf hinweisen, daß der Artikel, den der Senatskommissar erwähnte, nicht geeignet ist, unser Ansehen zu heben, sondern zu schädigen. In den „Leipziger Neuesten Nachrichten" erschien am 23. März ein Auszug des Artikels. Es ist also die staatserhaltende Presse, die Lübecks Ansehen brüskiert. Sonst wird uns dieser Vorwurf gemacht. Sie sehen also, daß andere Blätter das tun, was wir unter allen Umständen verurteilen. Daß unser Budget ungünstig gestellt ist, darüber brauchen wir kein Wort weiter zu reden. Wenn wir unser Budget näher betrachten, finden wir, daß die Schuldenwirtschaft — die wir heute nicht ändern können, da wir gezwungen sind manches zu bauen — die Schuld trägt. Das enorme Anwachsen der Staats- und Stadtschulden von 72 Millionen Mark ist für unser kleines Staatswesen außerordentlich viel. 3½ Millionen Mark erfordern die Zinsen und Schuldentilgung, auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 600 Mark Schulden. Wir haben alle Veranlassung zu versuchen, von dieser Bahn abzukommen und die Ausgaben aus den laufenden Mitteln zu decken. Das Unterbringen von Anleihen der Einzelstaaten und des Reiches wird immer schwieriger, sie bereiten manchem Finanzminister einen schweren Kopf. Die Streichungen der Budgetkommission sind anzuerkennen. Ich bin der Meinung, daß unter allen Umständen das, was in den Bürgerschaftsverhandlungen festgelegt wird, von den Behörden eingehalten wird, darin unterstütze ich die Ausführungen des Herrn Dimpker. Hauptsächlich müssen wir festbleiben, wenn es sich um Nachbewilligungen handelt. Ich habe das mehrfach ausgesprochen und möchte es noch einmal betonen, sonst nützen alle Budgetaufstellungen nichts, wenn kein reines Bild gewonnen werden kann. Um die Finanzen aufzuhelfen, sollen nun Einnahmequellen geschaffen werden. Die vorgeschlagenen Mittel können wir nicht billigen. Die vorgeschlagene Erhöhung des Wassergeldes, der Gasmessermiete, des Kokspreises, trifft hauptsächlich die unteren Schichten. Was als Grundsatz gelten sollte, die Lasten auf diejenigen abzuwälzen, die Nutzen von der wirtschaftlichen Entwicklung haben, trifft hier nicht zu. Die Lage der ärmeren Schichten wird noch schwieriger gestaltet. Durch den Rüstungstaumel werden die Einzelstaaten noch mehr bluten müssen. Es ist die Frage am Platze, ob es nicht ratsamer ist, unsere Ausgaben zu kürzen und zu sparen wo es nur möglich ist. Ich habe nicht die Absicht, die einzelnen Positionen des Budgets anzuschneiden, ich will nur feststellen, daß unsere Beamtenkosten zu einem großen Teil der Belastung in Frage kommen. 59 % sind für die Beamtenbesoldung notwendig, 25 % für Zinsen und Schuldentilgung. Das sollte uns zum Denken Anlaß geben. Was Herr Thiel angeführt hat, kann ich deshalb nur unterschreiben. Der Senat hat schon angeführt, daß 485 000 Mark für die Erhöhung der Beamtengehälter notwendig waren; darüber hat sich mancher gewundert. Die Gehaltsaufbesserungen kamen wesentlich den Herren zugute, die nach unserer Meinung schon ein dutes Gehalt bezogen haben. Herren, die 8000 und 9000 Mark bezogen, erhielten Zulagen bis 1500 Mark pro Jahr, jetzt können Sie sehen, daß Sie damals doch einen falschen Weg beschritten haben. Die Frage der Verwaltungsreform ist brennend. Die Worte vom Senatstische darüber geben wohl der Hoffnung Raum, daß die Arbeiten im Fluß sind, ich will aber trotzdem kurz darauf eingehen, weil die Auffassungen verschieden sind. Zunächst leidet unsere Verwaltung an der Schwerfälligkeit. Wenn einmal ein Kursus abgehalten werden sollte über die Frage, wie die Verwaltung recht schwerfällig gestaltet werden kann, braucht man die Kursisten nur auf Lübeck hinweisen. Wir haben etwa 20 Behörden, die sich tatsächlich recht häufig entgegenarbeiten. Zum Beispiel wurde vor Jahren die Wakenitzstraße gepflastert, dann wurde das Pflaster wieder aufgerissen, um Wasser- oder Gasrohre zu legen, dann wieder in Ordnung gebracht und wieder aufgerissen. Das ist unter keinen Umständen richtig und bedarf der Kritik. Notwendig ist vor allem eine Zusammenlegung der Behörden, dadurch werden bürgerliche Deputierte frei, und so kann dem Wunsche nach Entlastung entsprochen werden. Die freiwerdenden Herren bekommen noch Arbeit genug, mit dem System der bürgerlichen Deputierten soll keinesfalls gebrochen werden. Im Gegenteil, man muß es ausbauen, und sie auch dem Stadt- und Landamt, dem Polizeiamt angliedern. Sie sollen nicht über jede Kleinigkeit urteilen, es liegt nicht in unserer Absicht, den verantwortlichen Personen ihre Tätigkeit durch Formelkram zu erschweren. Aber zu schwerwiegenden Fragen von prinzipieller Entscheidung müssen sie herangezogen werden. Von den Posten der bürgerlichen Deputierten werden Arbeiter konsequent ausgeschlossen, in der Armen- und Wohnungspflege hat man sie seit kurzer Zeit als Armen- resp. Wohnungspfleger herangezogen. Aber in Körperschaften mitzureden und mitzuentscheiden, davon schließt man sie aus. Mit diesem Grundsatz muß gebrochen werden. Die Verwaltungsreform muß sich auch auf den Senat erstrecken. Jetzt kann man es verstehen, wenn eine vom Senat eingesetzte Kommission nur langsam vorwärts kommt. Vielleicht kommt bei den Herren die Einsicht, daß nicht nur bei den Gliedern, sondern auch am Kopf reformiert wird. Dies ist nicht nur der Ersparung wegen dringend erforderlich. Die Schulbehörde z. B. ist durch einen Herrn vertreten, der als Jurist in den Senat gewählt wurde, dann haben wir in der Oberschulbehörde einen Schulrat, der verantwortlich ist. An den sollten wir uns halten können und nicht, wie es heute ist, daß sich dieser auf den Senat stützt. Das muß geändert werden. Auch die Beamten der Baudeputation müssen der Bürgerschaft gegenüber verantwortlich sein. Es ist in vielen Städten Mode und hat sich gut bewährt. Einzelne Senatoren sind schließlich auch überflüssig, will man reformieren, darf man sich hier nicht abhalten lassen, sondern muß die bessernde Hand anlegen. Vielleicht ist auch zu brechen mit dem Uebelstand der Lebenslänglichkeit des Senats. Unsere Auffassung und die Ihre gehen da auseinander. Oberbürgermeister, Bürgermeister werden überall auf bestimmte Zeit gewählt, zweckmäßig wäre auch hier, die Senatoren nicht lebenslänglich anzustellen. Wir werden immer wieder vor die Frage gestellt, was hier geschehen soll. Unsere Herren Senatoren sollten bedenken, daß sie in ihrem Wirken allen Schichten des Volkes Rechnung zu tragen haben, sie müssen verantworten, was sie tun. Ich will darauf hinweisen, daß einzelne Senatoren in zielbewußter Absicht Stimmung gegen eine große Partei machen, die hier im Staate die Mehrheit bildet, gegen die Sozialdemokratie. Direkt und indirekt. Vor nicht langer Zeit erschien eine auswärtige Pressenotiz, daß hier am 27. Febr. ein Verein für Volksversicherung gegründet worden sei. Einberufer dieser Sitzung war Senator Dr. Neumann. Dadurch soll der Arbeiter-Volksfürsorge entgegengetreten werden. Der Senat wird besoldet von den Groschen aller Steuerzahler, auch der sozialdemokratischen, da sollte er mindestens soviel Takt besitzen, sich passiv zu verhalten und nicht parteilich handeln. Die Verwaltungsreform hat sich auch auf den Bürgerausschuß zu erstrecken. Die Kommission des Senats wird allerdings wohl nicht zu dieser Ansicht kommen. Der Bürgerausschuß tagt unter Ausschluß der Öffentlichkeit, diese Verhandlungen entsprechen nicht dem Staatswohl und der Mehrzahl der Steuerzahler. (Zuruf: Oho!) Wenn besondere Abteilungen notwendig sind, soll man Ausschüsse ernennen. Die Funktionen des Hamburger Bürgerausschusses reichen nicht entfernt an die unseren heran. Es ist an der Zeit, daß hier Remedur geschaffen wird; seit drei Jahren ist die Frage brennend, so daß es ratsam erscheint, dem Wunsche Thiels zu entsprechen. Aber nicht allein der Senat darf hier die Frage prüfen, sondern eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgerschaft. Ersprießliches wird erst geschaffen, wenn Sie mit dem Klassenwahlunrecht brechen, das sie geschaffen haben, um einen Teil des Volkes zu entrechten. Mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage will ich mit Anträgen zugunsten der Minderbemittelten nicht kommen; trotzdem wir viele hätten. Ich will nur hinweisen auf die

---

Anna.

Roman von Th. Mügge.

(2. Fortsetzung.)

Spitzbuben! rief der Beamte, soll ich Euch etwa noch Mut zu Eurem Verbrechen machen?

Die wilden Gesellen schrien, lachten und schwangen ihre Mützen. — Wir wollen auf Ihre Gesundheit trinken, Papa, riefen sie, und auf einen guten Fang..

Gefangen sollt Ihr werden, sagte der Steuer-Inspektor, aber wenn Ihr nicht anders wollt, so geht und trinkt auf meine Kosten, ich will es bezahlen und mich bezahlt machen. — Heda, rief er dem Wirt zu, der an der Tür stand, gebt ihnen ein paar Kannen von dem abscheulichen Gifte, das so viel Unheil über die Welt ausschüttet, und nun macht, daß Ihr fortkommt.

Die Pascher riefen ihrem Wohltäter ein Hurra zu und eilten in das Wirtshaus, der alte Herr aber schüttelte den Kopf und sagte fast traurig: Du mein Gott! was soll noch aus der Welt werden! Mit jedem Tage wird es ärger und ist kaum mehr auszuhalten; die Halunken werden immer frecher und wilder.

Denken Sie, Kapitän, da sind meine Jäger zum Beispiel einem Kabriolett auf die Spur gekommen, das ohne Zweifel mit englischen teuren Waren, die den höchsten Zoll geben, vollgestopft ist.

Oho! Kurios das, erwiderte Rintel kopfschüttelnd.

Ja, kurios genug, fuhr der Zollinspektor fort, aber eine Schande ist's, daß so etwas geschieht. — Mit solchem armen Gesindel, wie dies hier, deren elende Packen nicht viel enthalten, und deren Begriffe von Recht und Unrecht nicht weit her sind, hat man wohl dann und wann ein bischen Erbarmen, wenn aber Menschen von größerer Einsicht und Bildung solche schandbare Dinge tun, so ist die äußerste Strenge nötig.

Sie müssen suchen den tollen Patron zu fangen.

Er kann sich in acht nehmen. Wenn ich ihn kennte, würde ich ihn warnen, wie ich das immer tue aus Pflicht und Gewissen. — Da fällt mir ein, Kapitän, Sie fahren ebenfalls seit einiger Zeit ein Kabriolett. Wo ist es geblieben?

In den Schuppen gezogen, haben hier Hände für alles, sagte Rintel. Wollen Sie es ansehen? — Der Ton seiner Stimme war so spöttisch wie möglich, und der Zollbeamte schien es übel zu nehmen. — Wenn's jenseit der Schlagbäume wäre, würde ich mich nicht bitten lassen, erwiderte er, trotz unserer alten Kameradschaft vom Kriege her; so aber wär's eine unnütze Mühe. — Auf Wiedersehen also, Kapitän, ich hoffe, wir besichtigen es bald einmal mit größerer Muße bei mir zu Hause. — Er schüttelte seinem Bekannten die Hand und wandte dann sein Pferd in den dunklen Abend. — Einige Augenblicke stand Rintel in Gedanken, bis der Hufschlag verhallte, dann faßte er die Hand seines Schützlings und sagte gleichgültig: Alter Narr, der Baben, aber er meint es gut. Kommen Sie in's Haus, junger Herr, ich will Sie mit meiner Tochter Anna bekannt machen, sie wird sich freuen, den neuen Vetter zu sehen.

Dem jungen Mann war bei diesen Verhandlungen nicht besonders wohl zu Mute. Er sah sich in ein gefährliches Treiben verwickelt, denn er zweifelte nicht im geringsten mehr, daß sein wohlwollender Freund dieser verwegene Pascher sei. Widerstrebend folgte er ihm, weil er nicht das Herz hatte, ihm zu sagen, daß ihre Wege sich scheiden müßten. An der Tür des Hauses stand der riesige Kerl im gelben Mantel.

Zeige den Herrn da mein Zimmer, sagte der Kapitän. Folgen Sie dem Mann, Vetter, und sagen Sie Anna, ich käme sogleich.

Er sprang die Stufen hinauf in's Haus, Sanders dagegen führte unseren Abenteurer über den Hof an den Eingang eines langen Seitengebäudes.

Nur hier die Treppe hinauf, Herr, sagte er, indem er eine Tür öffnete; dann rechts, es brennt Licht im Zimmer bei der jungen Dame.

Langsam stieg Wilberg hinauf, und horchend blieb er stehen, als die Klänge eines Klaviers ihm entgegentönten. Eine helle schöne Stimme begleitete die Melodie eines Volksliedes, verlor sich aber bald unter langen stürmischen Akkorden. — Die unsichtbare Sängerin regte die Neugier des Lauschenden lebhaft an. Eine Minute früher war er entschlossen gewesen, an der Schwelle umzukehren, den Kapitän zu erwarten, sein Reisegepäck von ihm zu fordern und sich von ihm zu trennen. Jetzt überwältigte das Verlangen, die Tochter des verwegenen Mannes kennen zu lernen, alle seine guten Vorsätze. Er klopfte, und als er keine Antwort erhielt, trat er hinein. Bei dem leisen Knarren der Tür wandte die Dame, welche an der andern Seite des Zimmers noch am Instrument saß, den Kopf nach ihm um. Lebhaft sprang sie auf und eilte mit den Worten: Da bist Du endlich, mein lieber Herzenspapa! ihm entgegen. Aber schon nach den ersten Schritten erkannte sie ihren Irrtum, und die lachenden Züge ihres Gesichts verwandelten sich in Erstaunen und Befremdung. — Überrascht und verlegen blieb Wilberg vor ihr stehen und murmelte einige Worte der Entschuldigung. Er gehörte sonst nicht zu den Blöden und Befangenen und hatte seine gesellschaftliche Geschmeidigkeit in manchem Salon geübt, allein diesmal war es die gänzliche Täuschung seiner Vorstellungen, die ihn so stumm machte. — Statt des großen, feurigen Mädchens mit kühnen Augen und stolzen Blicken, die er zu finden hoffte, sah das unschuldigste Gesichtchen ihn an, das er je gesehen hatte. Zart und fein mit schalkhaften blauen Augen und dunkelblonden lockigen Flechten, schien sie kaum aus der Mädchenschule entlassen zu sein, und dieser geschmeidige kleine Körper besaß so wenig von einer Dame, die nächtlich durch Moor und Heide jagend, dem Gesetz trotzt, daß Gustav Wilberg das Zimmer verfehlt zu haben glaubte.

Verzeihen Sie, sagte er, ich habe einen Auftrag auszurichten, einen Auftrag — allein ich besorge —

Sie tragen den Mantel meines Vaters, erwiderte das Fräulein, ohne Zweifel kommt der Auftrag also von ihm.

Dann sind Sie also wirklich Fräulein Anna?

Mit Ihrer Erlaubnis, ja, mein Herr, sagte die Dame lächelnd, und ihre hellen Augen richteten sich mit dem Ausdruck gutmütiger Spottlust auf sein verwundertes Gesicht.

So habe ich die Ehre, mich Ihnen als Vetter vorzustellen. — Ein Vetter von der Landstraße, ein Vetter der großen Vetterschaft, die bis in's Paradies reicht. — Er verbeugte sich, und der Mantel des Kapitäns, der ihm zu lang war, legte sich weit auf den Fußboden.

Die kleine Dame hatte ein Licht vom Tisch genommen und beleuchtete den seltsamen Vetter. In ihrem schwarzen, faltigen Seidenrocke verbeugte sie sich ebenfalls mit würdiger Langsamkeit, dann aber brach sie plötzlich in lautes Lachen aus, und Gustav stimmte volltönig ein. Es war ihm, als könne er nichts anderes tun. Das hübsche Mädchen sah ihn so zutraulich, wohlwollend an, ihr ganzes Wesen war so offen und frei von aller Sprödigkeit, daß er sich ihr wirklich verwandt meinte und alle Neuheit der Bekanntschaft wie mit einem Zauberschlage abfiel.

Willkommen denn, mein Herr Vetter, sagte sie endlich, als das Lachen aufhörte, und schönen Dank für die Ehre Ihres Besuches. Aber, um Himmels Willen, legen Sie den Mantel ab, damit ich weiß, ob nicht noch einige andere Vettern darunter stecken. — So, fuhr sie fort, jetzt weiß ich alles. Mein Vater ist Ihnen auf der Landstraße begegnet, hat an Ihrer Unterhaltung Behagen gefunden und Sie aufgefordert, ihn zu begleiten.

Sie haben richtig geraten.

Er hat Sie für unsern Vetter erklärt und Ihnen dort unten vor den Leuten das Diplom darüber ausgestellt.

Abermals richtig geraten.

Und nun wollen Sie mit uns nach Hause fahren?

Über die Grenze, ja.

In dieser Nacht? — Sie sah ihn fragend an, und der Ton ihrer Stimme klang fast wie eine Warnung.

Ich habe meinen Paß verloren, erwiderte der junge Mann.

Speisung hungernder Schulkinder, eine kommunale Mutterschaftskasse für die in schweren Zeiten der Schwangerschaft Bedürftigen, damit ihnen vom Staate Hilfe zuteil wird. Es ist auch wieder an der Zeit, an die Arbeitslosenfrage heranzutreten, eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen. Verschaffen Sie sich doch einmal selbst die Unterlagen dazu. Wir haben solche geschaffen, wenn wir aber damit kommen, begegnen wir einem Kopfschütteln. Wir fordern Sie auf, selbst Material zu schaffen. Der Senat sollte eine Arbeitslosenzählung für den kommenden Herbst erwägen. Er wird wieder sagen, er habe alles getan, um den Arbeitern wohlzutun und auf die unter Mitwirkung staatlicher Behörden zustande gekommene Volksversicherung hinweisen. Wenn man den Prospekt liest, muß man sich wundern, was hier den Leuten weisgemacht wird. Man muß sich fragen, wie es zugeht, daß die Herren, die als Gründer in Frage kommen, erst so spät ihr gutes, warmes Herz für die Arbeiter entdeckt haben, erst als von seiten der Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksfürsorge gegründet war. Ich will extra betonen, daß es keine politischen Parteien sind. (Zuruf: Na, na! — Löwigt: Bringen Sie den Beweis!) Sie zeigen nur, daß Sie die Gesetze nicht kennen. (Zuruf bei den Soz.: Sehr gut!) Man muß sich nur wundern, daß Sie solche Veranstaltungen unternehmen, nachdem die Arbeiter sie ins Leben gerufen haben. Für uns kommt kein Konkurrenzneid in Betracht. Im Gegenteil, wir sind stolz darauf, weil Sie anerkennen müssen, daß wir den richtigen Weg beschreiten, den Weg, der auch von Ihnen, wenn auch erst später, als richtig anerkannt wird. Ich habe dies hier vorgebracht, weil ich die Befürchtung hege, daß es mit Ihrem Unternehmen einmal so kommen wird wie mit der Rechtsauskunftsstelle. Als dort der Karren festgefahren war und die bürgerlichen Parteien nicht mehr bezahlen wollten, mußte der Staat helfen. Wer weiß, wie es hier noch kommt. Deshalb haben wir alle Ursache, uns dagegen zu wenden. Bei dieser Gelegenheit will ich an die jüngste Stiftung erinnern, das sogenannte Volkshaus. Die Arbeiterschaft hat davon nicht den geringsten Nutzen, als Steuerzahler werden sie zur Er- und Unterhaltung die Kosten mit aufbringen müssen. (Widerspruch.) Wir werden uns später wieder sprechen. Ich habe das Empfinden, daß sich hier verschiedene Körperschaften außerordentlich blamiert haben. Wenn man die Danksagungen an den Spender liest, schlägt man die Hände über dem Kopf zusammen, wie so etwas möglich ist. Das Jahr 1813 wurde kürzlich als Volkserhebungsjahr gefeiert, als die Erhebung Preußen-Deutschlands aus den Banden der Fremdherrschaft. Es wurde begeistert vom deutschen Männerstolz gesungen und geredet. (Zuruf: Nicht international!) Ich habe mich gewundert, daß sich die Nachkommen dieser Männer von 1813 so außerordentlich waschlappig benahmen. Wenn man die Dankadressen gelesen hat, muß man sich wundern, daß Senator Postehl nicht die Gesellschaft zum Tempel hinausgejagt hat; es ekelt einen an, der sie liest. Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion wird nach wie vor den Finger auf die Wunde legen, um ersprießlich und erfolgreich zu wirken. Ich habe Sie noch zu bitten, dafür zu sorgen, daß die Einnahmen durch eine Verwaltungsreform so verbessert werden, daß der Staat im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung seine sozialen Pflichten zu erfüllen imstande ist. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Senator Eschenburg: Die erhöhten Kokspreise sollen nicht etwa dazu dienen, dem Budget aufzuhelfen, die Preise werden vom Anstaltsdirektor so festgesetzt, wie sie sich voraussichtlich gestalten werden. Den ärmeren Klassen sollte damit keine weitere Last aufgebürdet werden. Die Erhöhung trifft alle.

Klein behauptet, es bestehe keine Absicht, daß die Kokspreise für die ärmeren Schichten erhöht würden. (Zuruf: Abwarten!) Dieser Zwischenruf beweist, daß der Zwischenrufer keine Ahnung von den finanziellen wirtschaftlichen Verhältnissen hat. Die Sozialdemokratie schimpfe nur auf die hochherzige Stiftung Postehls und behauptet, daß die Arbeiterschaft davon keinen Vorteil hat. Letzteres wird richtig sein; das kommt aber daher, weil die Sozialdemokratie fürchtet, daß die Arbeiterschaft sonst das Gewerkschaftshaus meiden wird, wenn sie ins Volkshaus gehen würde. Den Byzantinismus hätte ich sehen mögen, wenn Senator Postehl die 50 000 Mark der Sozialdemokratie geschenkt hätte, in der der größte Terrorismus herrsche. (Zuruf: Haben Sie dafür Beweise?) Redner geht im einzelnen auf die Ersparungsmöglichkeiten ein und findet es weiter unverständlich, daß Herr Stelling stets ins Persönliche übergehe. (Zuruf: Haben Sie ebenfalls getan!) Nein, ich habe nur die Sozialdemokratie angegriffen. Die Broschüre des früheren Redakteurs des Amtsblattes wird vom Redner ebenfalls kritisiert und als eine Arbeit bezeichnet, die nicht im geringsten ernst zu nehmen sei. Man sollte versuchen, Maßnahmen zu treffen, daß diese Broschüre nicht weiter verbreitet werde, denn sie habe für Lübeck wirtschaftliche Nachteile gebracht. Ein Artikel der „Lübeckischen Anzeigen" enthalte ebenfalls unrichtige Angaben. Zu sparen sei nur an den Ausgaben, auf einen Einnahmeausfall sei bei Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise stets zu rechnen. Prinzipiell könne er sich mit einer Erhöhung des Wassergeldpreises nicht einverstanden erklären, sie treffe in der Hauptsache die minderbemittelte Bevölkerung, während die mittleren Schichten eine Vergünstigung durch die Verringerung der Gas- und Elektrizitätspreise erzielten. Eine Verbesserung der Witwen- und Waisenruhegehalte wäre ebenfalls bald notwendig. Die Aufstellung des Etats erfordere eine Umgestaltung. Wie sich u. a. unsere Hafenanlagen rentieren, sei nicht zu ersehen; was Kunst und Wissenschaft und gemeinnützige Ausgaben erforderten, müsse man klar herausfinden können. Von der Verwaltungsreform verspricht sich Redner einen Vorteil, wenn mittlere Beamte mit praktischer Erfahrung hinzugezogen würden. Notwendig sei auch ein gemeinsames großes Verwaltungsgebäude.

Dahms nimmt den Artikelschreiber seines Amtsblattes in Schutz, und verleugnet den früheren Chefredakteur Dr. Hansen, der schon im Oktober gekündigt worden sei.

Prösch (Harmsdorf) findet den Etat nicht so ungünstig, denn wir hätten ja nicht einmal Gemeindesteuern. Wir richteten uns stets nach Preußen, warum denn hier nicht. Man könnte dies hier auch einmal mit den preußischen Verhältnissen versuchen.

Stelling: Herr Klein huldigt auch hier wieder dem Grundsatz: Verleumde kühn, es bleibt doch etwas hängen. Klein behauptet, mein Freund Hoff habe die Sitzung in der Bürgerausschußkommission geschwänzt, er hätte sonst über die Kokspreisverhältnisse unterrichtet sein müssen. Hoff war aber überhaupt gar kein Mitglied sondern nur Stellvertreter in der Kommission und Herrn Klein mußte bekannt sein, daß Hoff damals in Berlin war. Herr Klein fällt dann über mich her und sagt, es sei nicht seine Mode, persönlich zu werden. Soweit es sich um persönliche Angriffe handelt, steht Herr Klein auf der Höhe. Wenn er selbst meint, seine früheren Ausführungen, von denen die bürgerliche Presse sagt, sie seien lichtvoll gewesen, verdienen diese Bezeichnung nicht, so soll damit jedenfalls gesagt werden, daß wohl auch er nicht recht klug geworden ist. Herr Klein sagt, die Armen würden nicht durch die Kokspreise belastet. Die Mehrausgaben müssen doch wieder eingebracht werden. (Zuruf: Haben Sie eine Ahnung!) Vielleicht mehr als Sie. Die Tagespreise für Koks stehen hier höher als im benachbarten Mecklenburg. Herr Klein behauptet ferner, wenn jemand der Sozialdemokratie ein Geschenk machte, wäre niemand byzantinischer als wir. Darauf trifft meine vorige Äußerung von dem Verleumden wieder zu. Wenn man ihm nun entgegentritt, dann flennt er, und wenn das nicht genügt, läuft er zum Kadi. Wer so zimperlich ist, sollte sich etwas mehr vorsehen. Die Sozialdemokratie, nein, ich will sagen die Arbeiter, machten mehrfach den Versuch (Zuruf: Sehr gut!) — warten Sie ab, was ich sage . . . ich will sagen, es muß Ihnen bekannt sein, daß die Arbeiter gezwungen waren, ihr Gewerkschaftshaus, das Klein so im Magen liegt, zu errichten, weil zum Teil Gesinnungsgenossen von Herrn Klein der Arbeiterschaft es früher unmöglich machten, Versammlungen abzuhalten. Die Arbeiterschaft war also gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen. So wird später auch vom Arbeiterturnhallenbauverein gesprochen werden, wenn er eine Turnhalle errichtet. Eine Weiterverbreitung der Broschüre von Dr. Hansen zu verbieten, ist unrichtig, einen solchen Vorschlag sollten die Liberalen nicht machen. Früher wurden auch die Broschüren der Sozialdemokraten verboten und zwar deshalb, weil sie wahr waren. Mit Verboten erreicht man nichts. Die Verhandlungen der Bürgerschaft werden auch draußen bekannt, da erübrigt sich ein offizieller oder offiziöser Einspruch gegen die Broschüre. Daß deren Verfasser Amtsblattredakteur gewesen ist, ist bezeichnend, man sieht hieraus, was für ein Kaliber dort manchmal tätig ist. (Beifall bei den Soz.)

Klein: Es ist mir nicht eingefallen zu sagen, daß Herr Hoff die Sitzung geschwänzt habe, ich sagte nur, wenn er anwesend gewesen wäre, hätte er es wissen müssen. Herr Stelling ist überhaupt nicht belehrbar, daher ist jedes Wort überflüssig.

Es folgt die Spezialberatung.

Einnahmen. — Domänen.

Maak (Vorrade): empfiehlt auch für Viehgebäude harte Bedachung; es wäre gerade auf dem Gute Niendorf eine gut verzinsliche Anlage, die bessere Pacht brächte.

Senator Eschenburg: Die Anregung hätte früher kommen sollen. Jetzt sind die Projekte schon geschaffen. Eine Besserung wird aber doch eintreten.

Peckelhoff (Reecke) glaubt, daß ein Umbau zu kostspielig würde.

Aug. Pape bringt eine Beschwerde über den Zustand der Lachswehr vor.

v. Schack bedauert, daß über die staatlichen Gebäude keine Aufstellung erfolgt ist und wünscht bis morgen abend ein gedrucktes Verzeichnis.

Hauptlehrer Reimpell glaubt, daß bei Aufteilung der Domänen die Rindviehzucht zunehmen würde und wünscht die Veröffentlichung des Gutachtens des Lehrers Winkler in dieser Angelegenheit.

Henk (Bültwisch): Bei Aufteilung der Domänen würden wir eine Menge Geld zusetzen. Richtiger ist die allmähliche Aufteilung.

Jagd.

Niemann (Schlutup) bemängelt die Erlaubnis der Jagd auf dem Wasser an die Hafenmeistergehilfen.

Fähren.

Lippert wünscht im Klughafen an Stelle der Bootfähre eine Motorfähre; ein Pächter habe sich bereits angeboten. Doch habe der Unternehmer noch keine Nachricht erhalten, obgleich er eine Garantie leisten wolle und sich verpflichte, die Anlagekosten der notwendigen Landungsbrücken zu verzinsen.

Senator Dr. Neumann: Der bisherige Fährunternehmer will in einiger Zeit der Frage nähertreten. Eine Prüfung der Umwandlung hat die derzeitige Unrentabilität ergeben. Es wäre auch unrecht, diesem Manne seinen Erwerb zu nehmen, zumal er gerade die Fähre eingerichtet hat.

Niemann (Schlutup) glaubt, daß eine Motorfähre sich rentieren würde, weil sich der Verkehr dann auch steigere.

Thiele wünscht ebenfalls eine Motorfähre, fürchtet aber eine Erhöhung des Fahrpreises. Wenn sich ein Mann dazu anbiete, dann sollte man dem nicht entgegenstehen. Andere Geschäftsleute müßten sich auch Konkurrenz gefallen lassen.

Lippert: Aus finanziellen Gründen ist der jetzige Fährmann gegen die Aenderung. Der Zuschuß vom Verein Hüxtertor-Markt war ihm nicht genügend. Verkehrsverbesserungen unter solchen günstigen Bedingungen sollte man nicht abschlagen. Vielleicht bequemt sich dann auch der jetzige Fährpächter zur Neuerung.

Senator Eschenburg: Die Rentabilitätsberechnungen stehen sich gegenüber, ob die Motorbootfähre ein Jahr früher oder später kommt, ist nicht von Bedeutung.

Dahms wünscht besonders bei der Struckfähre Motorbetrieb.

Grünau fragt, wie es mit der Fährverbindung nach dem Priwall stehe. Es sei notwendig, daß die Sache weiter gedeihe. Die Verbesserung erheischten schon die Rennen.

Senator Eschenburg: Es sind drei Projekte geschaffen worden; doch ist nicht nur das Projekt maßgebend, sondern auch die Rentabilität.

Neuner hebt den jetzigen flotten Betrieb bei der Klughafenfähre hervor. Die Verkehrshebung des Travemünder Fährbetriebs durch Motorbetrieb komme hier nicht als Vergleich in Betracht. Notwendiger sei die Verbesserung der Struckfähre.

Ein Ersuchen Lipperts bezüglich der Motorbootfähre wird angenommen.

Badeanstalten.

Grünau: Die Zusammenstellung gibt ein ganz falsches Bild über die Einnahmen von Travemünde. So sieht's aus, daß Travemünde 59 060 Mk. Zuschuß erfordere, und man könnte daraus schließen, es wäre am besten, das Badewesen sofort aufzuheben. In Wirklichkeit sind die Verhältnisse ganz anders, wenn die Einnahmen richtig eingestellt werden. Gewerbe-, Einkommen- und vor allem die Grundsteuer, die bisher in die Gemeindekasse floß und nun in die Staatskasse fließt, muß an anderer Stelle eingereiht werden. Um die Strandfortschwemmungen zu verhüten, muß vor allem die Nordermole verlängert werden; es ist nicht ausgeschlossen, daß die Badeanstalt später weiter hinausgebaut werden muß, weil sie der Versandung anheimfällt.

O! ich verstehe, rief sie lebhaft. Das war sicherlich sehr erwünscht für meinen Vater. Er liebt es, sich den Gesetzen weiser Obrigkeit nicht zu fügen, und bestärkte Sie darin, ohne Paß über die Grenze zu gehen.

Das hat er wirklich getan, und ich bereue es nicht, ihm Folge zu leisten.

Wer weiß, sagte sie schnell. Ein einziger Augenblick bestimmt oft über ein Menschenleben.

Oft aber auch über sein Glück.

Gut, mein Herr Vetter, ich sehe, Sie haben Ihren Entschluß gefaßt, nickte sie ihm schalkhaft zu. Nehmen Sie Platz. Lieben Sie Musik?

Gewiß, meine schöne Cousine.

Ich auch. Musik ist eine Trösterin in aller Not einsamer Stunden und Tage. Haben Sie das schon empfunden?

Ich denke, ja, sagte Gustav, angeregt von der naiven Natürlichkeit dieses jungen Mädchens, deren klare Augen ihn so freundlich und fragend anblickten, als wollten sie in seiner Seele lesen.

So will ich Ihnen ein Lied singen, meinte sie, so gut ich es kann. Wollen Sie es hören?

Sehr gern.

Sie setzte sich an das Instrument und sang dasselbe Volkslied, des Gastav an der Tür horchend schon halb vernommen hatte. Es war das Wanderlied von Uhland. Ihre biegsame Stimme traf den Volkston vortrefflich, und Gustav lehnte sich sinnend in den Sessel zurück und hörte mit halbgeschlossenen Augen ihr zu.

Plötzlich hörte sie auf, drehte sich zu ihm hin und rief mit schmollender Heftigkeit: Ich glaube wahrhaftig, der Herr Vetter ist eingeschlafen! Habe ich das mit meiner Kunst verdient?

Sie drohte ihm lächelnd, als er sich entschuldigte, und trieb ihn mit schalkhaften Behauptungen zu neuen Beteuerungen, bis sie endlich aufstand und das Instrument zuschlug.

Nein, nein, sagte sie, ich habe nichts dagegen. Mein armes Singen ist nichts als ein wilder Waldesjang, wie mein Vater sagt; ich habe jedoch gelernt, was ich konnte. Jetzt ist die Reihe an Ihnen, mein Herr Vetter. Unterhalten Sie mich ein wenig, erzählen Sie mir etwas von Ihrem Leben. Ich finde es, wenn nicht nötig, doch nützlich, daß Verwandte etwas von ihren Schicksalen und Taten auf Erden wissen; wenigstens wissen, wie sie heißen, fügte sie lachend hinzu.

Ich kann Ihren Wunsch leicht erfüllen, erwiderte Gustav, gehorche Ihnen aber im voraus, daß Sie nichts Außerordentliches hören werden. Ich bin der Sohn eines Beamten. Mein Vater starb früh, eine zärtliche Mutter erzog mich, durch den Tod eines Verwandten erbte ich ein ziemlich bedeutendes Vermögen, so gab es denn nicht leicht einen Wunsch, der mir versagt worden wäre, und ich kann nicht sagen, daß mir das Leben bis jetzt nur sein heiteres, nie sein finsteres Gesicht gezeigt hat.

Und das nennen Sie nichts Außerordentliches, unterbrach ihn Anna, die Hände zusammenschlagend. Gütiger Gott! Hier steht ein Mensch, der sich rühmen kann, daß noch kein bitteres Leid ihm ein Haar krümmte. Wie viele deiner Geschöpfe vermögen das! — Fahren Sie fort, mein glücklicher Herr Vetter, ich bin ganz Ohr.

Ich habe wenig mehr zu berichten, sagte Gustav. Ich studierte die Rechte in Heidelberg, machte einige Reisen in die Schweiz, Italien und Frankreich, kehrte zurück, besuchte einen Verwandten meiner Mutter in Rostock, lebte dort einige Zeit und promovierte als Doktor der Rechte, wovon ich nun soeben nach Berlin zurückkehre und bei dem schönen Herbstwetter einen Teil der Reise zu Fuß machte.

Künftig also werden Sie in Berlin wohnen? fragte Anna.

Meine Mutter lebt dort, und wenn ihre Absichten sich erfüllen, werde ich mich in Berlin niederlassen.

Der junge Mann sprach diese letzten Worte mit besonderer Betonung. Es war, als erinnere er sich an etwas, was er vergessen hatte, und das sich plötzlich seinem Gedächtnis aufdrängte.

Da kommt der Kapitän, sagte er und stand auf, froh, das Gespräch abbrechen zu können.

Wirklich, erwiderte Anna. Sie hören vortrefflich, besser als ich, denn ich höre nichts.

Sie lief nach der Tür und öffnete diese in dem Augenblick, wo der feste rasche Schritt ihres Vaters sich unten vernehmen ließ. In der nächsten Minute hielt der Kapitän sie im Arm, küßte ihre Stirn, und indem er Mütze, Peitsche und Schal auf den Tisch warf, sagte er mit einem Gemisch von vorwurfsvoller Zärtlichkeit: Machst dumme Streiche, böses Mädchen. Könntest ruhig zu Hause sitzen, nähen, kochen, lesen, statt auf Abenteuer auszuziehen. Wie willst Du nun nach Hause kommen, Du Springinsfeld?

Kannt ich denn wissen, rief Anna, lustig nach Gustav hinblickend, daß der Herr Vetter uns überraschen würde?

Da ich die Ursache Ihrer Verlegenheit bin, sagte dieser, so versteht es sich, daß ich hier bleibe.

Nah! erwiderte Kniel, Sie haben einen Pakt geschlossen mit mir, junger Herr, und soll kein Punkt daran geändert werden. Anna wird mit Ihnen im Kabriolett fahren, sie wird Sie so sicher über die Brücke bringen, wie ich selbst; was mich betrifft, so will ich schon nachkommen!

Er zog seine Uhr heraus, hielt sie an's Ohr und tippte dann auf den kleinen Zeiger. Bis der auf elf steht, haben wir Zeit, sagte er fort; ist behaglich warm hier, draußen pfeift der Nord-Ost, Herr Vetter, wir müssen die paar Stunden benutzen, um uns gut vorzubereiten. — Er faßte die Klingelschnur, tat ein paar starke Züge und rief mit rauher Stimme: Die Schurken sollten aufmerksamer sein und den Tisch decken, ehe man sie dazu anhält. — Ich liebe das trockne Leben nicht, Herr Doktor! und denke, Sie eben so wenig?

Wilberg nickte ihm lachend Beifall, und sein freundlicher Blick begleitete die beiden Dienerinnen des Hauses, welche alsbald erschienen, den Tisch bestellten und in wenigen Minuten ein Abendessen auftrugen.

Ohne Zögern folgte er dann dem einladenden Wort seines Beschützers und nahm zwischen ihm und seiner hübschen Tochter Platz. — Ein ungeheures Stück Rostbeef machte den Hauptbestandteil des Mahles aus. Schweigend hepackte der Kapitän seinen Teller und gebrauchte Messer und Gabel mit bewunderungswürdigem Eifer. Nur zuweilen sprach er ein paar lobende Worte, munterte die Eßlust seines Nachbars auf, wenn diese nachlassen wollte, und füllte die Gläser mit dem dunkelroten Wein, so oft es irgend geschehen konnte. Echtes Traubenblut vom Ufer der Garonne, sagte er endlich, als sein Hunger so ziemlich gestillt schien. Ist auch ein Vorteil an der Grenze, junger Herr, kaufen den Wein hier um den vierten Teil des Preises, wie in Berlin. Und warum? Weil die unvernünftige Steuer ihn im Lande nur zum Trunk für die Reichen macht. Ich hätte es dem Steuerpresser vorhin sagen mögen, als er so gottselig über den Branntwein schimpfte. — Wahr ist es, er ist eine Pest für das arme Volk, aber wer trägt die Schuld? Wer anders als die großen Herren, die Steuern und Grenzsperren erfunden haben. Reden tun sie alle mit großer Salbung über zunehmende Entsittlichung und steigende Zahl der Verbrecher, und sind doch selbst die eigentlichen Ursachen aller Laster und Sünden.

Dies war der Eingang zu einem langen lebhaften Gespräch zwischen den beiden Herren, in welchem der Doktor das Bestehende verteidigte, der Kapitän es über den Haufen warf. — Seine kühnen Behauptungen, die er mit Gründen unterstützte, blieben nicht ohne Eindruck auf den jungen Mann, der mit lebhafter Teilnahme die Schilderungen der gewerblichen und häuslichen Zustände hörte, welche Kniel vom Leben des Volkes entwarf, das er genau kannte, und dessen warmer Verteidiger er war. — Mit Erstaunen fand der aufmerksame Zuhörer, daß er einen Mann vor sich hatte, der ebenso reich an verschiedenartigen Kenntnissen war, wie er eine außerordentliche Beobachtungsgabe besaß und ein bewegtes Leben geführt haben mußte. — In Spanien hatte er jahrelang als Soldat gefochten, er kannte Frankreich und Deutschland genau, war vertraut mit ihrer Literatur und hatte so viele statistische Zahlen und Angaben im Kopfe, daß der junge Gelehrte sein außerordentliches Gedächtnis preisen mußte.

(Fortsetzung folgt.)

Senator Eschenburg: Eine detailliertere Aufstellung, wie sie Herr Grünau wünscht, ist nicht gut möglich, wenn die Verwaltung vereinfacht werden soll.

Scharff hebt das Badewesen im Winter hervor. Die Bürgerschaft habe einer Badeanstalt zugestimmt. Der Senat sollte endlich mit einer Vorlage kommen, damit den traurigen Verhältnissen abgeholfen werde. Von einer privaten Gesellschaft könnten die Kosten nicht aufgebracht werden. Der Staat müsse im Interesse der Reinlichkeit des Betriebes die Verwaltung selbst in die Hand nehmen. Die Landesversicherungsanstalt würde das Geld uns zu 3½ Proz. leihen und ferner Bedingungen stellen, die Senat und Bürgerschaft nicht annehmen könnten. Wenn der Staat die Schwimmhalle übernähme, kämen wir mit einem jährlichen Zuschuß von 10 000 Mark aus. Dieser Betrag käme bei dem 18-Millionen-Budget gar nicht in Betracht. Wenn der Senat mit dem Antrag komme, werde die Bürgerschaft einstimmig zustimmen.

Senator Kulenkamp sichert der Schwimmhalle das lebhafte Interesse des Senates zu.

v. Schack ist im Prinzip der Meinung Scharffs. Eine Förderung der Angelegenheit sei notwendig, doch besser sei die Ueberlassung an eine Gesellschaft, die staatlich unterstützt würde. Absolut notwendig sei das Projekt nicht, höchstens wünschenswert.

Dr. Schlomer hebt die Notwendigkeit einer entsprechenden Vorlage hervor und hält Scharffs Ausführungen für durchaus praktisch. Es ist nicht notwendig, viele Worte darüber zu verlieren, jedes weitere Jahr, das darüber verloren geht, schadet. Die Badeverhältnisse sind im Winter geradezu miserabel, sie gleichen beinahe den Balkanverhältnissen. Der Senat sollte den Wunsch der Bürgerschaft im Interesse des Volkes bald in die Tat umsetzen. Ferner möchte ich anfragen, wie weit die Vorarbeiten der Badeverhältnisse in St.-Lorenz-Nord gediehen sind. In den Abonnementsbedingungen der Badeanstalten existiert auch noch die Vorschrift, daß das Gesinde die Badeanstalt erst nach 6 Uhr abends benutzen darf. Ich kann dafür keine praktischen Gründe erkennen. Im Gegenteil wäre es doch vorteilhaft, wenn das Gesinde mit den Kindern zusammen baden könnte. Praktische Erwägungen sprechen also nicht mit, sondern das Gefühl des Klassengegensatzes, die Mißachtung des dienenden Standes. Ich möchte die Behörde bitten, diese Bestimmung bald zu streichen.

Grünau tritt Schacks Ausführungen entgegen. Lübeck habe die Pflicht, eine derartige Warmbadeanstalt zu bauen, wie es die meisten deutschen Städte getan hätten. Nicht eine Gesellschaft, sondern die Stadt müsse die Anstalt erbauen, andere Städte leisteten in dieser Richtung bedeutend mehr als Lübeck.

Hundesteuer.

Scharff tritt für eine Erhöhung ein.

Dimpker: Die Sache ist im Bürgerausschuß sehr lebendig und wird nächstens erledigt.

Feuerlöschwesen.

Maak (Vorrade) fragt, ob bei Bränden auf dem Lande, zu denen die städtische Wehr hinzugezogen würde, die Gemeinden bezahlen müssen.

Tegtmeyer (Moisling) glaubt, die Hilfe sei unentgeltlich.

Die Senatsantwort ist am Pressetisch unverständlich.

Begräbniswesen.

Thiele wünscht für die Träger von Kindersärgen Decken, damit die Särge nicht so offen getragen werden.

Schulen.

Senator Kulenkamp: Es wurde seinerzeit behauptet, daß 130 Schülerinnen der Ernestinenschule das Schulgeld erlassen sei. Das ist unrichtig. Es wurden sämtliche Quartale addiert, während nur 29 Schülerinnen den Erlaß bekamen. Die Vergünstigung bewegt sich in natürlichen Grenzen und beträgt 2 Prozent des Schulgeldes.

v. Schack: Es geht doch nicht an, einer Reihe von Kindern das ganze Jahr das Schulgeld zu erlassen.

Senator Kulenkamp: Die Oberschulbehörde hat das Recht, einem Zwanzigstel der Kinder das Schulgeld zu erlassen, um auch Minderbemittelten Gelegenheit zu verschaffen, die Schule zu besuchen.

Thiele fordert gleiches Recht für alle. Sie sollen erst die Volksschule besuchen und dann können die besten auserlesen werden.

Gefängniswesen.

Köster wünscht das Haftkostgeld erhöht. Hier sei es auf 90 Pfg. festgesetzt, während auswärtige bis 1,50 Mk. verlangten.

Senator Dr. Neumann: Eine Erhöhung auf 1,20 oder 1,25 Mk. ist in Aussicht genommen. Im Herbst wird die Sache der Bürgerschaft vorgelegt werden können.

Rosenquist dankt für die Verringerung der Gefängniskonkurrenzarbeit im Namen der Handwerker.

Ausgaben. — Senat und Bürgerschaft.

Schneider erinnert an seinen früheren Antrag betr. der Reise- und Tagegelder der Beamten. Eine Erledigung sei damals zugestanden.

Senator Kulenkamp: Der Senat hat die Frage einer Beamtenkommission übertragen, alles ist noch nicht geklärt, es wird aber bald der Fall sein.

Schneider: Es müßte hier eine Einheitlichkeit geschaffen werden. U. a. werden für auswärtige Reisen 3 Mk. Tagegelder vergütet. Damit ist nicht auszukommen. Wer mehr braucht, muß es haarklein bemerken, das ist nicht jedermanns Sache. Auch bei den Umzugskosten besteht nichts Einheitliches.

Aug. Pape wiederholt den gestern vorgebrachten Wunsch in Anwesenheit des Senates, die Verfassungsbestimmungen stets genau einzuhalten.

Stelling stellt die Frage, was es mit dem Holzmodell der inneren Stadt für eine Bewandtnis habe. Im Budget habe er nicht herausfinden können, aus welchen Mitteln die Kosten dafür bestritten werden sollen. Es werde gewiß nicht billig sein. Ob's vielleicht der Senat aus seinen Mitteln bezahlen wolle.

Senator Dr. Neumann erklärt die Annahme des Vorredners als irrig. Der Senat hat kein Modell bestellt.

Bürgerschaft.

Aug. Pape fragt, ob die Bürgerschaftsmitglieder aus den Eingemeindungsbezirken vom 1. April ab auch die Diäten weiter erhalten.

Dr. E. Meyer nimmt an, daß es beim alten bleibe.

Dr. Görtz ist derselben Auffassung. Die Lücken im Gesetz würden später ausgefüllt.

Löwigt: Ich möchte von dieser Stelle aus den Wunsch aussprechen, ob es nicht möglich wäre, den Bürgerschaftsmitgliedern freie Fahrt auf den Lübecker Straßenbahnen zu gewähren und ich hoffe, daß Sie mir zustimmen. Der Wunsch ist durchaus berechtigt und kann damit begründet werden, daß eine Reihe Senatsanträge, die wir zu erledigen haben, uns die Besichtigung von Straßen und Plätzen, die fernabliegen, zur Pflicht machen. Bei Straßenpflasterungen, Wegebauten, Neuerrichtung von Gebäuden usw. sollen wir uns davon überzeugen, ob die Arbeiten notwendig sind. Man kann freilich auch hingehen; viele Bürgerschaftsmitglieder sind aber nicht gewillt oder nicht in der Lage, neben Zeit- auch noch Geldopfer zu bringen, und so unterbleibt das zu tun, was unsere Pflicht ist. Als der Platz für die Freesesche Schule hier besprochen wurde, hat sich gewiß die Mehrzahl der Bürgerschaftskollegen, die vor dem Holstentor wohnt, nicht davon überzeugt, ob der Platz auch geeignet ist. Bei freier Straßenbahnfahrt hätte sie es getan. Und so bei vielen anderen Gelegenheiten. Es soll keine Entschädigung der Bürgerschaftsmitglieder sein, sondern ihnen nur die Möglichkeit bieten, sich mehr als bisher davon zu überzeugen, ob die vom Senat beantragten Arbeiten wirklich notwendig sind. Manche Städte sind in dieser Beziehung uns schon vorangegangen. Die preußische Aufsichtsbehörde ließ allerdings die Maßnahme nicht gelten und anullierte die Beschlüsse. Das kann für Lübeck erfreulicherweise nicht in Betracht kommen, da wir nicht unter preußischer Oberhoheit stehen. Ich bitte mich deshalb zu unterstützen in dem Wunsche, daß den Bürgerschaftsmitgliedern freie Straßenbahnfahrt gewährt wird. Ferner muß den Bürgerschaftsmitgliedern die Möglichkeit geboten werden, die städtischen Betriebe kennen zu lernen. Wir haben uns noch mit dem Verwaltungsbericht zu beschäftigen, die wenigsten werden aber die Betriebe gesehen haben. Den Bürgerschaftsmitgliedern werden manchmal Wünsche und Beschwerden in bezug auf die Staatsanstalten und -Betriebe entgegengebracht; da wäre es am besten, wenn man diese an Ort und Stelle kontrollieren könnte.

Dr. Görtz: Wenn dieser letzte Wunsch bei mir vorgebracht würde, würde ich mich sofort mit der Behörde in Verbindung setzen und ich zweifle nicht, daß dem willfahren werden kann.

Senator Eschenburg bittet von freier Straßenbahnfahrt aus finanziellen Gründen Abstand zu nehmen.

Aug. Pape wünscht für die Bürgerschaftsmitglieder aus den Eingemeindungsbezirken, die per Straßenbahn zurückkehren können, die Diäten aufzuheben.

Thiele tritt für freie Fahrt ein.

Löwigt: Es wurden finanzielle Gründe geltend gemacht. Ich kann mirs nicht denken, daß der Einnahmeausfall irgendwie erheblich wäre. Die Bürgerschaftsmitglieder würden im wesentlichen die freie Straßenbahnfahrt nur benutzen, wenn sie im Interesse des Staates notwendig wäre. (Widerspruch.) Wenn Sie (zu der Mehrheit) etwa anders handeln würden, dann habe ich Sie allerdings falsch eingeschätzt. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.)

Neuner hält eine Kontrolle in dieser Hinsicht für unmöglich.

Das Ersuchen Löwigts wird abgelehnt.

Gerichte.

Köster wehrt sich gegen die Streichung eines Postens und hebt das Anwachsen der Geschäfte hervor. Die Verwaltungsreform habe hier mit der hier notwendigen Beamtenvermehrung nichts zu tun.

Niemann (Schlutup) fragt, ob Gerichtsbeamte berechtigt sind, nach dem steuerbaren Einkommen zu fragen.

Köster bejaht dies bei Berechnung der Zeugengebühren.

Schneider wünscht die Abschaffung der Uniformen bei den Gerichtsvollziehern. Die Leute glaubten immer, daß der Gerichtsvollzieher überall pfände, wo er hinkomme. Dadurch würde mancher in ein schiefes Licht gerückt und ihm geschadet.

Thiele unterstützt diesen Wunsch, und bemängelt, daß bei der Anstellung eines Gerichtsvollziehers ein Auswärtiger vorgezogen wurde, obgleich gegen den Einheimischen nichts vorgelegen habe.

Prösch (Harmsdorf) glaubt kaum, daß die Abschaffung der Uniform für den Beamten von Vorteil sein würde.

Seeamt.

Schwartz: Mir wurde mitgeteilt, daß das Seeamt unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Das ist bei keiner derartigen Behörde im Reiche der Fall, höchstens in außerordentlichen Fällen. Ich wollte es nicht glauben, daß hier beim Seeamt eine solche Praxis herrscht. Hier müssen die Berichte über Lübecker Seeamtsverhandlungen erst über Hamburg bezogen werden. Das ist ein unhaltbarer Zustand, über den ich Aufklärung haben möchte. Wenn ein Schiffskapitän über eine Havarie Verklarung abgeben muß, lesen wir im Amtsblatt, an welchem Tage dies zu geschehen hat. Warum geschieht dasselbe nicht mit dem Termin der Seeamtsverhandlungen? Wann die übrigen Gerichtverhandlungen stattfinden, weiß man, weil es an bestimmten Tagen geschieht, die Seeamtsverhandlungen finden nur bei gegebener Veranlassung statt. Gerade in einer Seestadt hat die Bevölkerung ein großes Interesse daran. Geldmangel kann doch die Ursache nicht sein, wenn auch nur 200 Mk. als sachliche Kosten für das Seeamt angesetzt sind. Die wenigen Mehrausgaben für die Bekanntmachung können doch nicht in Betracht kommen. Der jetzige Zustand ist nahezu beschämend.

Senator Kulenkamp kann die Antwort auf die Anfrage nicht aus dem Handgelenk schütteln; die Anfrage hätte dem Senat vorher mitgeteilt werden müssen.

Bendfeld pflichtet Schwartz bei. Schaden würde eine Veröffentlichung nicht.

Dr. E. Meyer hält es für unmöglich, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Er kann nicht verstehen, daß die Berichte über Hamburg kommen, hier seien sie doch am andern Morgen schon in den Zeitungen.

Löwigt: Die Berichterstatter können tatsächlich nicht erfahren, wann Seeamtsverhandlungen stattfinden. Wenn man dies nicht erfahren kann, finden die Verhandlungen faktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es erscheint wohl in einer hiesigen Zeitung ein Bericht, merkwürdigerweise ohne daß ein Berichterstatter im Gerichtssaale anwesend ist. Aus diesem Bericht wird nach Hamburg berichtet, und wir in Lübeck erfahren es dann. Dieser Zustand ist unhaltbar und muß abgestellt werden.

Mantau unterschreibt das von Schwartz Gesagte. Nur wenn ein günstiger Stern dem Berichterstatter leuchtet, bekommt er Kenntnis von dem Verhandlungstermin.

Dr. E. Meyer bezweifelt, daß die Auskunft verweigert wird. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit würde nicht verhandelt.

Schwartz: Ich mag einen harten Ausdruck gebraucht haben, aber Tatsache ist doch, daß es niemand weiß, wenn es nicht bekannt gemacht wird. Verklarungen werden doch jedesmal angegeben, ich habe selbst schon solche abgelegt im alten Gerichtsgebäude, es waren stets viele Leute anwesend. In der breiten Öffentlichkeit wurzelt schließlich der Gedanke fest, daß mit dieser Heimlichtuerei etwas bezweckt werden solle, wenn Lübecker Schiffe Havarie gehabt haben.

Mantau: Die Öffentlichkeit ist eben nicht da, wenn die Sitzungen nicht bekannt gemacht werden. Die Verhältnisse liegen beim Seeamt in der Tat anders, als bei den andern Gerichten. Gewerbe- und Kaufmannsgerichtstermine werden auch bekannt gemacht.

Köster: Heimlichtuerei kommt hier nicht in Frage. Notwendig ist eine öffentliche Bekanntmachung nicht.

Dr. E. Meyer sagt Untersuchung der Sache zu.

Löwigt: Als einmal unser Berichterstatter durch Zufall einer Gerichtsverhandlung beiwohnte, wollte ein Gerichtsbeamter wissen, woher er den Termin erfahren habe. (Zuruf: Hört, hört!) Es wurde so hingestellt, als ob gewissermaßen eine Indiskretion eines andern Beamten dabei mitspiele. Bei den andern Gerichtsverhandlungen weiß jeder, wann sie stattfinden. Jede Sitzung der Rekursbehörde wird ebenfalls bekannt gemacht. Das kann auch beim Seeamt geschehen.

Damit wird die Sitzung auf morgen vertagt.

In die Kommission betr. den Antrag Thiele zur Theatervorlage wurden gewählt: Dr. v. Brocken, Dimpker, Dr. Ihde, Dr. E. Meyer, Dr. Schlomer, Dr. Wittern, Dr. Ziehl. Ersatzmänner: Dr. Benda, Dr. Kähler, Thiele.

In die Kommission betr. Kirchenkasse: Bade, Becker, Henk, Dr. Kähler, Tegtmeyer. Ersatzmänner sind J. Ewers und Lange.

Schluß 10 Uhr 25 Min.

Der belgische Parteitag.

Der Parteitag der belgischen Arbeiterpartei wurde am Sonntag im Festsaal des Brüsseler Volkshauses eröffnet. Anwesend waren 1331 Delegierte. Vertreter der bürgerlichen Presse wurden nicht zugelassen.

Zu einer Begrüßungsansprache erhielt zunächst der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Genosse Ebert, das Wort. Er wies auf die Ähnlichkeit der Kämpfe hin, die zurzeit die belgischen und die deutschen Genossen in Anspruch nehmen. Hüben wie drüben gilt es, den Militarismus zu bekämpfen und das gleiche Wahlrecht zu erobern. Er erklärte, die deutsche Sozialdemokratie werde die neuen Militärforderungen der Regierung damit beantworten, daß sie ihren Kampf gegen den Militarismus und die Kriegsgefahr mit gesteigerter Energie fortsetzen wird. In Preußen steht ein Wahlkampf bevor, der in erster Linie ein Kampf ums Wahlrecht ist. Die deutschen Genossen bewundern die Energie und den Opfersinn, womit die belgische Arbeiterschaft ihren Wahlrechtskampf geführt hat und weiterzuführen gewillt ist.

Der Vertreter der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei van der Goes begrüßt ebenfalls den Kongreß.

Der Vorsitzende de Broucère verliest sodann ein längeres Schreiben der liberalen Parteiorganisation aus Gent, die den Kongreß bittet, den Generalstreik nicht durchzuführen oder wenigstens seinen Anfang auf ein Datum zu verlegen, das der im April zu eröffnenden Weltausstellung in Gent keinen Schaden zufügen würde, am liebsten nach Schluß der Ausstellung. Das Schreiben löst die Heiterkeit des Kongresses aus; ein Delegierter ruft spöttisch: „Die Herren sollen sich an die Regierung wenden oder die Ausstellung verschieben!"

Als Referent zum Wahlrechtskampf und Generalstreik spricht Genosse Anseele, der die bekannte Resolution des Streikkomitees — Generalstreik zum 14. April — vertritt. Der gibt zunächst eine objektive Darstellung der verschiedenen Tendenzen, die sich in der entscheidenden Sitzung des Streikkomitees offenbarten, und setzt schließlich die Gründe auseinander, die die Mehrheit des Komitees bewogen haben, an dem ursprünglichen Beschluß des Generalstreiks am 14. April festzuhalten. Mit besonderem Nachdruck betont er, daß der Streik friedlich sein, und daß die strengste Disziplin gewahrt werden soll. Seine Rede, die mit dem Rufe „Es lebe der Generalstreik! und lieber die Niederlage im Kampfe als die feige Unterwerfung!" schließt, löst den stürmischen anhaltenden Beifall des Parteitages aus.

Es sprechen nunmehr die Vertreter der großen Bezirksföderationen der Arbeiterpartei; sodann als Vertreter der wichtigsten Gewerkschaftsverbände Solau (Metallarbeiter), Lombard (Bergarbeiter), Martel (Steinarbeiter), Wieme (Transportarbeiter), Hannick (Textilarbeiter), Bondas (Glasbläser). Alle Redner sprechen sich zugunsten des Generalstreiks aus, und aus ihren Angaben über die Begeisterung und die Kampfesbereitschaft der Arbeitermassen ergibt sich der Eindruck einer unwiderstehlichen, elementaren, von der Arbeiterschaft selbst gewollten Bewegung. Nach den bescheidensten Schätzungen werden gleich am ersten Tage mindestens 300 000 Mann die Arbeit ruhen lassen, und es wird allgemein erwartet, daß schon nach ein paar Tagen eine halbe Million Arbeiter ausständig sein werden.

Das Bild des Kongresses ändert sich erst bei der Rede des Genossen Huysmans, der im Namen der Minorität des Streikkomitees gegen den Generalstreik spricht. Er meint, es bestehe ein Mißverhältnis zwischen dem Objekt des Kampfes, das unter den bestehenden Verhältnissen nur eine Erweiterung der Befugnis der vom Ministerpräsidenten versprochenen Kommission zum Studium des Gemeinde- und Provinzialwahlrechts sei, und den Opfern, die ein Generalstreik für die Arbeiterschaft bedeutet. Alles, was erreicht werden kann, könne auf dem Wege rein parlamentarischer Verhandlungen geschehen, und es sei eine Torheit, sich dafür den Gefahren eines Generalstreiks auszusetzen. Diese Rede wurde wiederholt durch stürmische Protestrufe unterbrochen.

Nachdem Genosse Destrée den Standpunkt des Referenten vertreten hatte, sprach als letzter Redner Vandervelde. Er erklärte zunächst, er stehe sachlich auf demselben Standpunkte wie Huysmans, verzichte aber darauf, gegen die Reden von Anseele und Destrée zu polemisieren, weil er dem Feinde keine Waffen liefern wolle. (Beifall.) Es sei aussichtslos, sich dem Kampfeswillen der Arbeiterschaft zu widersetzen. Die Verantwortung treffe die Regierung, die sich geradezu provokatorisch verhalte. „Ich bin eigentlich froh", so schließt Vandervelde seine Rede, „jetzt endlich von der schweren und undankbaren Aufgabe, „bremsen" zu müssen, befreit zu werden. Ich werde mit den anderen Genossen der Minorität, die, wie Huysmans, de Brouckère, Bertrand, Wauters usw., den Streik vermeiden möchten, besiegt werden, aber erlaubt uns, dann mit den Genossen der Mehrheit und den Arbeitermassen zusammen den Kampf in der von ihnen gewollten Form gegen den gemeinsamen Feind zu führen." (Anhaltender Beifall.)

Es wird sodann über die bekannte Resolution des Streikkomitees abgestimmt, die den Generalstreik zum 14. April erklärt, mit dem Zusatzantrag Anseele-Destrée, daß der Kongreß die Haltung des Streikkomitees billigt und daß nur ein außerordentlicher Parteitag über die Beendigung des Streiks wird beschließen dürfen. Der Antrag wird in dieser Form mit allen (etwa 1300) gegen etwa 30 Stimmen angenommen. Stürmische Begeisterungsausbrüche begrüßen das Resultat der Abstimmung, sämtliche Delegierte erheben sich von ihren Sitzen, die Rufe: „Es lebe der Streik! Es lebe der Sozialismus!" erschallen minutenlang, bis der Gesang der Internationale alles übertönt.

Am Montag standen die Geschäftsberichte der Parteiinstanzen zur Beratung. Der Geschäftsbericht des Generalrats der Arbeiterpartei gibt zu keiner Besprechung Anlaß.

Zu dem Bericht der Parlamentsfraktion liegen verschiedene Anträge vor, die verlangen, daß die Fraktion gleich bei der Wiedereröffnung der Kammersession am 16. April in die Obstruktion gegen die Militärvorlage der Regierung eintreten soll. Genosse Vandervelde bittet, die Anträge der Fraktion zu überweisen, weil es gefährlich sei, die Fraktion auf eine Taktik festzulegen, von der man nicht weiß, ob sie unter den obwaltenden Verhältnissen — während des Generalstreiks — zweckmäßig sein wird. Der Kongreß schließt sich mit großer Majorität dieser Ansicht an.

Das zentrale Parteiorgan „Le Peuple" hat eine Auflage von 70 000 Exemplaren erreicht.

Bei der Diskussion über den Bericht der Föderation der sozialistischen Gemeinderäte wird beantragt, sofort eine außerordentliche Generalversammlung dieser Föderation ein-

zuweisen, um über die Maßregeln zu beraten, die durch die kommunalen Behörden mit Rücksicht auf den Generalstreik ergriffen werden sollen: Subvention an die Streikenden, Schulbesuch der Arbeiterkinder, Regelung bezw. Verbot des Alkoholverkaufs usw. Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Bericht über die Jugendorganisationen erläutert der Nationalsekretär der Jungen Garde, Genosse Meulebroucke, den Bericht des Bildungsausschusses Genosse de Man. Über keinen dieser Berichte finden nennenswerte Diskussionen statt. — Schließlich gelangte noch eine Resolution zur Annahme, die die Parlamentsfraktion verpflichtet, die neuen Militärforderungen der Regierung mit allen Mitteln zu bekämpfen und unter allen Umständen gegen die Vorlage zu stimmen.

Aus der Partei.

Im neuen Heim. Die Breslauer Genossen haben während der Osterfeiertage ihr neu erbautes Gewerkschaftshaus eingeweiht, das sich auf dem Grundstück des alten Heims in der Margarethenstraße erhebt. Das Haus hat 61 Meter Straßenfront und umfaßt 2467 Quadratmeter bebaute Fläche. Das vierstöckige Gebäude enthält zwei Säle, die, miteinander verbunden, 3000 Personen Platz gewähren. Außer den erforderlichen Restaurationsräumen sind vorgesehen: acht Vereinszimmer, sieben Fremdenzimmer, die Räume für sämtliche Breslauer Partei- und Gewerkschaftsbureaus und mehrere Wohnungen. Ein größerer Garten steht gleichfalls zur Verfügung. Die Kosten des neuen Heims belaufen sich auf 520 000 Mark. Hierzu kommen die Kosten der Inneneinrichtung, so daß sich der Gesamtwert auf annähernd eine Million Mark beziffert. Hiervon sind 400 000 Mark eigenes Geld der Breslauer Arbeiterschaft. Ein Teil des früheren Grundstücks ist von der „Volkswacht" erworben worden, die innerhalb der nächsten zwei Jahre dort eine eigene Druckerei errichten wird, so daß dann alle Fäden der Breslauer Arbeiterbewegung an einem Punkte zusammenlaufen. Die früher nicht besonders günstige Lage des Breslauer Gewerkschaftshauses hat bereits vor zwei Jahren durch den Bau der sogenannten Kaiserbrücke viel gewonnen, durch die das Heim der dortigen Genossen dicht an den großen Breslauer Verkehr herangerückt wurde.

Die beleidigte Majestät. Zur Rede Wilhelms II. im Landwirtschaftsrat, in der er von seinen Erfolgen in der Landwirtschaft durch Einführung von Pettkuser Roggen u. a. gesprochen hat, machte die „Frankfurter Volksstimme" ein paar harmlose Bemerkungen. Ihr Inhalt ging ungefähr dahin, daß Wilhelm II. ein tüchtiger Landwirt sei. Diese Anerkennung erregte den Zorn der Patrioten. Auf der Bündlerparade im Zirkus Busch wurde sie der heiligen Entrüstung der Monarchisten preisgegeben, die mit dem geistreichen „Pfui" und dem diesen Kreisen sehr vertrauten „Schweinehunde" darüber quittierten. Die „Post" verlangte ganz energisch das Eingreifen der Gerichte. Sollten sie in diesem Falle versagen, so müsse die Volksvertretung dafür sorgen, daß diese „Preßbanditen" der gerechten Bestrafung überliefert werden, kommandierte das Scharfmacherorgan. Wirklich hat jetzt der Staatsanwalt seine Arbeit begonnen. Dem Genossen Wittrisch, dem Verantwortlichen der „Volksstimme", ist dieser Tage die Anklageschrift zugestellt worden. Es gibt also noch Staatsanwälte in Preußen; die Reaktionäre können beruhigt sein. Ob auch das Gericht in der harmlosen Notiz eine Beleidigung des Kaisers entdecken wird, muß abgewartet werden.

Ein kommunalpolitisches Organ der deutsch-österreichischen Parteigenossen ist soeben zum erstenmal erschienen. Es nennt sich „Die Gemeinde", erscheint vorläufig monatlich und wird von dem Genossen Lewy redigiert.

Der französische Parteitag in Brest. Auf dem französischen Parteitag, der am Sonntag in Brest begann, hielt Genosse Molkenbuhr, der den deutschen Parteivorstand vertritt, eine Ansprache, die sich wesentlich um die Rüstungen drehte. Er wandte sich gegen die Versuche, die Arbeiterschaft beider Länder durch chauvinistische Manöver zu verhetzen. Die französische Arbeiterschaft wie die deutsche kämpfe energisch gegen alle Rüstungen; die deutsche Sozialdemokratie insbesondere fordere schon immer ein Milizheer. Die Ansprache wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Der holländische Parteitag. Der diesjährige holländische Parteitag trat am Sonnabend in Utrecht zusammen. Er war außerordentlich stark besucht, 198 Sektionen waren durch 269 Delegierte vertreten. Bei der Eröffnungsfeier besprach Vliegen den großen Aufschwung der Partei, deren Mitgliederzahl sich in zwei Jahren von 10 000 auf fast 18 000 erhöht habe. Der Parteitag sei gewissermaßen die Einleitung des Wahlkampfes für die im Juni stattfindenden Generalwahlen, in denen die Partei gegen Liberale und Klerikale zu kämpfen habe. Vliegen begrüßte dann den Genossen Scheidemann, den Vertreter des deutschen Parteivorstandes. Scheidemann überbrachte dem Parteitag der holländischen Genossen die Grüße der deutschen Partei, besprach den Wert der wachsenden Organisationen des sozialdemokratischen Proletariats und versicherte, daß darin die beste Gewähr für den Frieden liege. Die Ansprache wurde mit großem Beifall aufgenommen. Am Sonntag begann die Besprechung des Jahresberichtes des Parteivorstandes, des Berichts der Kammerfraktion und der Redaktion des Parteiorgans. Das Hauptmoment war die dreistündige Rede des Genossen Troelstra über das Wahlprogramm und die Stichwahlbedingungen. Das Wahlprogramm lautet: Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen, prämienfreie Arbeiterpensionierung, Verteidigung des Freihandels und der öffentlichen Schule. — Die Stichwahlbedingungen sind: Allgemeines Männerwahlrecht, Aufhebung der Verfassungsbestimmungen, welche das Frauenwahlrecht ausschließen; das Frauenwahlrecht darf nicht an finanzielle Grenzen gebunden sein, Abweisung jeder Erstarkung der Ersten Kammer, prämienfreie Arbeiterpensionierung. Der Parteivorstand schlägt weiter vor, innerhalb zwei Wochen vor dem Wahltag in Amsterdam und Rotterdam als Probemobilisation tagsüber Wahlrechtsdemonstrationen abzuhalten. Die Rede Troelstras fand starken Beifall. Nach ausführlichen Debatten wurden spät abends diese Vorschläge mit Stimmeneinheit angenommen, nachdem alle Amendements mit fast allen Stimmen verworfen worden waren.

Aus dem Gerichtssaal.

Die moralische Qualität des Streikbrechers. Vor der Strafkammer des Landgerichts in Görlitz hatte sich der Schlosser Gustav Ziegler wegen Diebstahl und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Aus dem verlesenen Strafregister ergab sich, daß der Angeklagte schon wiederholt wegen Diebstahl und ähnlicher Vergehen — darunter auch mit Zuchthaus — vorbestraft ist. Ziegler war während des vorjährigen Streiks in der Görlitzer Waggonfabrik als Streikbrecher tätig. Auf das Heiratsgesuch einer Witwe meldete sich der Angeklagte und nahm auch bei der Witwe Wohnung. Das Verhältnis beider gestaltete sich bald recht intim, hatte doch Z. der Witwe das Heiraten versprochen. Der Schützling des Unternehmertums knüpfte aber noch ein anderes Liebesverhältnis an und stahl seiner Wirtin ein Sparkassenbuch lautend auf 180 Mark und einen Trauring. Das Geld hob er ab und verduftete nach Chemnitz unter Zurücklassung von Logisschulden für fünf Wochen. Die Urkundenfälschung beging er durch Ausstellung eines Wechsels. Das Gericht verurteilte diesen Arbeitswilligen dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und erkannte — wie der Vorsitzende bemerkte, wegen der Gemeingefährlichkeit des Angeklagten — auf Stellung unter Polizeiaufsicht. Ein dem Staate nützliches Element unter Polizeiaufsicht!

Aus Nah und Fern.

Eine schwere Automobilkatastrophe hat sich gestern in Berlin ereignet. An der Schlesischen Brücke stieß ein Straßenbahnwagen mit einem Droschkenautomobil zusammen. Die Kraftdroschke beförderte sechs Personen von einer Vergnügungsfahrt aus Niederschöneweide nach Berlin zurück. Bei der Schlesischen Brücke überholte der Chauffeur einen vor ihm fahrenden Milchwagen, wobei das Auto, das sich in rasender Fahrt befand, die Richtung nicht mehr innehalten konnte und sehr stark schleuderte und mit einem Straßenbahnwagen mit großer Gewalt zusammenstieß. Die sechs Insassen und der Chauffeur wurden herausgeschleudert; sie gerieten zum Teil unter den Straßenbahnwagen. Von den sieben Personen wurden der Schuhmacher Peters, der Zimmermann Gürke, der Postschaffner Gabel getötet, der Chauffeur Köveling-Wilmersdorf, der Schlosser Bunger, seine Ehefrau und der Zahntechniker Hedecke schwer verletzt. Von den Insassen der Straßenbahn erlitt nur einer einen nicht erheblichen Nervenchock.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Gestern nachmittag ereignete sich auf dem Eisenwerk „Union" bei Dortmund beim Hochziehen von Eisenerz mittelst elektrischen Kranes im Thomaswerk ein schwerer Unfall. Es lösten sich plötzlich drei Erzmulden und trafen drei darunterstehende Arbeiter. Einer von ihnen war sofort tot. Ein zweiter starb bald darauf und ein dritter liegt schwerkrank darnieder.

Der Säbel haut. . . In Neuß bedrohten drei betrunkene Arbeiter einen Polizeibeamten, der sie zur Ruhe aufforderte, mit Messern und Revolvern. Der Beamte zog seinen Säbel und hieb dem einen der Angreifer die Hand ab. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus untergebracht, von dort jedoch mit Hilfe eines Freundes befreit. Später fing ihn die Polizei wieder ein.

Bei einem Boots-Ausflug an der französischen Küste erkranken zwei Personen.

Nach dem Genuß eines Eierkuchens erkrankte in Vienne (Frankreich) eine aus fünf Personen bestehende Familie. Zwei Personen sind bereits gestorben.

Eine entsetzliche Familientragödie kam am letzten Sonntag in Amerika ans Licht, als die verkohlten Leichname von Leo Wharton, seiner Frau, ihres kleinen Mädchens und von Johnson Hemphill, einem Arbeiter von der benachbarten Farm, aus den Trümmern von Whartons Landhaus, das in der Nähe von Williamstown in New Jersey liegt, herausgeholt wurden. Zuerst glaubte man, daß alle vier von einem Feuer überrascht worden waren, als aber die arg verbrannten Leichen herausgeschafft waren, sah man, daß Hemphills Brust durch einen Gewehrschuß verletzt war, der aus allernächster Nähe abgefeuert worden sein muß. Die Einzelheiten der Tragödie werden wohl stets ein Geheimnis bleiben, da alle Augenzeugen und Teilnehmer tot sind. Sicher jedoch ist, daß Hemphill der Liebhaber der Frau Wharton war. Am Sonnabend abend sah man das Paar in einer kinematographischen Vorstellung in Williamstown. Wharton glaubte man geschäftlich abwesend in einem anderen Teile des Staates. Man nimmt jetzt an, daß er unerwartet zurückkehrte und seine Frau und Hemphill bei ihrem Stelldichein überraschte. Was hierauf folgte, kann man nur vermuten. Mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Wharton aus allernächster Nähe Hemphill erschoß, hierauf sämtliche Türen und Fenster verbarrikadierte und das Haus in Brand steckte.

Die Hochwasserkatastrophe in Amerika hat furchtbares Unheil angerichtet. Nördlich von Dayton ist der Damm eines großen Wasser-Reservoirs gebrochen, und die angestaute Wassermenge ergoß sich in den Miamifluß, der infolge dessen aus den Ufern trat und die Straßen der Stadt überschwemmte. Die Fluten durchströmten die Straßen mit solcher Gewalt, daß ein Passieren derselben im Boot unmöglich wurde. Flüchtende Einwohner wurden in den Straßen von Plünderern niedergeschossen. Der Versuch, auf der Eisenbahn die Stadt zu erreichen, ist als aussichtslos aufgegeben worden. Bis jetzt sollen in Dayton und seiner Umgebung etwa **1500 Menschen ertrunken** sein. In Omaha, das am schwersten unter den Tornados gelitten hat, erschwert die bittere Kälte das Rettungswerk. Die Zahl der Toten in Omaha wird jetzt offiziell auf 242 angegeben. Die Fluten entführten zahlreiche Häuser und überschwemmten Fabriken und Bahngeleise. Die Regengüsse dauern seit 48 Stunden ununterbrochen an.

Durch die Straßen von Peru in Indiana rauscht das Wasser bis zu 6 Meter tief. Zahlreiche Leichen von Frauen und Kindern treiben umher. Ueberall verbrachten die Frauen, ihre Kinder umarmend, die Nacht auf den Dächern. Die Kälte steigert die Not. In Indianopolis ist der Wasserstand weiter gestiegen. Das dortige vornehme Wohnviertel ist überschwemmt. In Peru brach plötzlich der Schutzdamm des Wabashflusses. Hunderte von Menschen sind ertrunken. Auf dem Wabashfluß treiben viele Wohnhäuser. Die Bewohner haben sich an den Dächern angeklammert. Die heftige Strömung macht es unmöglich, sie mit Böten zu ereichen.

Nach den letzten Nachrichten aus den Ueberschwemmungsgebieten ist die Lage in der Stadt Peru, Indiana, trostlos. Aus den benachbarten Städten sind Lebensmittel und Kleidung für 5000 Personen gesandt worden. Sie konnten jedoch wegen der reißenden Strömung den Bestimmungsort nicht erreichen. Die Lage in Dayton ist noch immer hoffnungslos. Der Wasserstand beträgt teilweise 12 Meter. Die Schutzdämme drohen einzustürzen. Zahlreiche andere Orte in Ohio sind gefährdet. Aus allen überschwemmten Gebieten werden Verluste an Menschenleben gemeldet. In Indianopolis stand das Wasser heute früh höher als je zuvor. Es erreichte das Stadtviertel Fall Creek. Alle Hotels sind überfüllt und es macht Schwierigkeiten für die Flüchtlinge, zehntausend an der Zahl, Nahrungsmittel zu beschaffen.

Der Schaden, den die Ueberschwemmungen durch Unterbrechung des Bahnverkehrs den Eisenbahnen verursacht haben, wird von beteiligten Kreisen auf mindestens 10 bis 15 Millionen Dollars geschätzt. In der Geschichte des Landes ist eine derartige Unterbrechung des Bahnverkehrs, wie sie jetzt in Ohio und Indiana eingetreten ist, nicht vorgekommen. Betriebsbeamte erklären, daß normale Zustände wahrscheinlich erst nach einem Monat zu erwarten seien. Es ist keine Aussicht auf ein Nachlassen der Ueberschwemmung vorhanden.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:

Schauerleute vom Dampfer „Trave"	1,55 Mk.
Durch J. Schünemann	1,25 „

Der Jugendausschuß.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und :: Kommissionssitzungen

14. Distrikt.

Versammlung

am Freitag, dem 28. März abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52. 2519

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anläßlich unserer Hochzeit danken herzlich

H. Qualmann und Frau,
2471) geb. Ring.
[illegible] im März 1913.

Frau empfiehlt sich zum Einhüten. Angebote unter F A an die Expedition d. Bl. (2524

Witwer, 50 Jahre, sucht eine Frau vom Lande als Haushälterin 2517) [illegible] 172.

[illegible] (2513
Zwei-Stuben-Wohnung
in der [illegible].
[illegible]

[illegible]

Ein gr. **Reißbrett** mit Zirkelkasten billig zu verkaufen. (2500
Wakenitzmauer 1a, part. l.

Zu verkaufen **ein Zirkelkasten** und **eine Knabenschirmmütze.**
2522) Lohmühle 15.

Guterhaltenes Reißbrett
mit Zubehör, für Lehrlinge, billig zu verk. (2525) Fischergrube 44/10.

Ein guterhaltenes Sofa zu verkaufen. (2501
Marlistraße 90, part.

2 leere **Bettstellen** und ein altes **Sofa** zu verkaufen.
2502) Priestr. 7 III.

1 Garnitur, Eß-, Küch.- u. Waschtisch, Kommode, Eckschrank, Büfett, 1schl. Bettst. m. Bettzeug, w. gebr., z. verk. (2503) Rosenstr. 2. part.

1 eiserne **Bettstelle** mit Matratze und 1 **Hängelampe** zu verkaufen.
2505) Schulstraße 20 d.

Eine gute lederne Schürze
zu verkaufen (2536
Kleiner Vogelsang 1a, l.

1 Teppich, Schrank, Tische und **Stühle** und **1 Waschtopf** zu verkaufen. (2506
[illegible]straße 8.

1 dunkelbl. Kinderwagen
m. Gummiräd. u. Nickelgest. z. verk.
2507) [illegible] 6, I.

2 Leseb[illegible], 2. und 4. Stufe,
2 Rech[illegible], 2. und 3. Heft
(Wolfsch[illegible]) billig zu verkaufen.
[illegible]

Bienenfleiss Allerfeinste Qualitäten deutschen Naturhonigs und Raffinade. (2509

Ein Sitz- u. Liegewagen u. eine Sportkarre (2515
zu verkaufen. Waisenhofstr. 29, I.

Guterhalt. Kinderwagen
zu verkaufen (2499
Steffens, Heinrichstraße 28.

1 kl. Bücherschrank zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter G. R. an die Exped. ds. Bl. 2498

Pflanz- und Eßkartoffeln billig zu verkaufen. (2516
Jung, Marienthal.

Pflanzkartoffeln, rote u. blaue, französische, 2. Sorte Spargel- u. Rosenkartoffeln zu verk. (2523) Glockenstr. 32 I, l.

Eß- und Pflanzkartoffeln
zu verkaufen.
2534) Schönkampstraße 4a.

Terrarium, auch als Aquarium zu benutzen, billig zu verkaufen.
2512) Gr. Lohberg 20, 2. Etg.

Bruteier, deutsche Langshan, feiner Zuchtstamm (1,4). (2533
Ed. Rieck, Rackenburg. Allee 45c.

Scharenbergs Matratzen
sind haltbar, bequem und billig.
Sandstr. u. [illegible] Gr. Gröpelgrube 15.

Anfertigung
aller Haararbeiten.
Ankauf ausgekämmter Frauenhaare.
Franz Kuhr,
2531) Johannisstr. 21.

Fr. Kröger,
konz. und prakt. Kammerjäger.
2520) Kontor: An der Mauer 86.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten :
Johannisstraße 46.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Maler- und Tapezierarbeiten
billig. Offerten unter T M an die Exped. d. Bl. (2535

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk. (2528

Achtung Schlosser!
Extra-Angebot
in blauen Schlosserjacken u. Hosen zu noch nie dagewesenen Preisen.

Extra schwere Jacke,	Gr.	40-44	1.78 M
„ „ „	„	46-56	1.95 M
„ „ „	„	58-60	2.40 M
„ „ Hosen	„	70-74	1.78 M
„ „ „	„	76-84	1.95 M

Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.
Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.
Rote Rabattmarken. (1247

Wand-Uhren
große Auswahl — enorm billig.
H. Schultz, Uhrm. u. Goldsch., ob. Johannisstr. 26